Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6 durch die Post und durch Colporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2,50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 7249.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkthätige Bevölkerung.

Mit der illustrirten Beilage „Die Neue Welt“.

Inseratenpreis beträgt für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 132 — Donnerstag, den 10. Juni 1897. — 8. Jahrgang.

Bebels Abwehr.

Zum Tausch-Proceß erläßt Genosse Bebel im „Vorwärts“ folgende „Erklärung und Zurückweisung“:

„Herr Oberstaatsanwalt Drescher hat, nach dem Bericht des „Vorwärts“, in seiner Anklagerede gegen von Tausch auch meine Person erwähnt und die Gründe angegeben, warum er mich in diesem Proceß als Zeuge habe vorladen lassen.

Unter den vielen Seltsamkeiten, die in diesem Proceß seitens der öffentlichen Anklage wie der Hauptbetheiligten zu Tage getreten sind und das Kopfschütteln der Draußenstehenden hervorriefen, ist die Aeußerung des Oberstaatsanwalts gegen mich eine der seltsamsten.

Bisher habe ich angenommen, daß der Zeuge, der zu schwören hat: daß er die reine Wahrheit sagen, nichts hinzusetzen und nichts verschweigen werde, auf diesen Eid hin verpflichtet sei, nur das zu sagen, was er positiv weiß und wofür er die Beweise in Händen hat, oder, wie ich, in Händen gehabt hat; daß es ihm aber nicht zustehe, die von ihm aus den ihm bekannt gewordenen Thatsachen und Indizien gezogenen Combinationen und Schlüsse seinem Zeugniß einzuverleiben.

Was mir als Volksvertreter und Politiker zusteht, was ich als solcher zu thun verpflichtet bin, das steht mir als Zeuge nicht zu, und so habe ich auch in meiner Zeugenaussage mich darauf beschränkt, das zu sagen, was ich wirklich wußte und mit gutem Gewissen auf meinen Eid nehmen konnte, und ich habe deshalb dem Versuche der Anklage wie der Vertheidigung widerstanden, von mir auch Vermuthungen und Combinationen zu hören.

Aus dem Verhalten des Herrn Präsidenten des Gerichtshofes anderen Zeugen gegenüber, die versuchten Combinationen und Urtheile in ihre Zeugenaussagen einzuflechten, habe ich ersehen, daß ich nach seiner Auffassung durchaus correct gehandelt habe.

Um so auffälliger ist daher das Verfahren des Oberstaatsanwalts, der in seiner Anklagerede, die er doch gegen v. Tausch und nicht gegen mich zu richten hatte, erklärt: „er habe mich nur laden lassen, damit die Geschworenen sich ein Bild machen könnten, wie anders die Situation eines Mannes sei, der auf der Parlamentstribüne eine öffentliche Angelegenheit zum Vortrag bringt, und die Situation eines Mannes, der vor der Barre des Gerichts stehe“, und er schloß damit, daß er meine Aussagen als „Vermuthungen, nichts als Vermuthungen!“ bezeichnete.

Ich wiederhole, ich habe nicht Vermuthungen, sondern nur bekannte Thatsachen beschworen und muß deshalb das citirte Urtheil des Oberstaatsanwalts über meine Aussage als falsch, unberechtigt und ungehörig auf das schärfste zurückweisen. Sicher ist es auch eben so neu als seltsam, daß ein Staatsanwalt einen Abgeordneten als Zeugen laden läßt, um dessen Reichstagsrede zum Gegenstand einer Kritik zu machen, die einer Vertheidigung des Angeklagten gleicht wie ein Ei dem anderen. Was in meinen Ausführungen in der hier in Frage kommenden Reichstagsrede sich auf Thatsachen stützte, was Combination und Schlußfolgerung war, darüber konnte der Oberstaatsanwalt ebensowenig im Zweifel sein, wie es der Untersuchungsrichter war, dem ich zuerst darüber Rede und Antwort zu stehen hatte, und dessen Niederschrift der Oberstaatsanwalt kannte. Die Art, wie der Herr Oberstaatsanwalt Drescher mein Zeugniß und meine Reichstagsrede zu Gunsten des Angeklagten v. Tausch verwerthete, ohne daß ich darauf sofort gebührend antworten konnte, ist jedenfalls ein Unikum in der staatsanwaltschaftlichen Kampfesweise.

Jedenfalls habe ich und gewiß ich nicht allein in diesem Proceß die Auffassung gewonnen, daß doch ein Unterschied zu bestehen scheint, ob ein Polizeicommissar auf der Anklagebank sitzt, welcher der gemeinsten Verbrechen beschuldigt wird, und der, wie immer das Urtheil der Geschworenen über ihn ausgefallen sein mag, für eine amtliche Stellung als Stütze im Kampfe für Religion, Sitte und Ordnung für immer unmöglich ist, oder ein Socialdemokrat, mag dieser auch in Vertretung seiner ehrlichen Ueberzeugung und in der Begeisterung für seine Sache auf der Anklagebank erscheinen.

A. Bebel.“

Politische Rundschau.

— Ueber die Socialdemokratie bei den Landtagswahlen leitartikelt die „Vossische Zeitung“. Nur eine Stelle des Artikels veranlaßt uns zu einer Bemerkung. Die „Vossische Zeitung“ schreibt:

„Da die freisinnige Volkspartei bei der letzten Landtagswahl nur vierzehn, die freisinnige Vereinigung nur sechs Sitze erlangte, so müßte die Gefährdung dieser Mandate durch die Socialdemokratie der Linken empfindlich werden. Aber mehr als aufgewogen könnte dieser Nachtheil in den großen Städten durch die Vortheile in den kleineren Städten und auf dem flachen Lande werden, wenn allenthalben die Socialdemokratie in den Wahlkampf einträte und ihre Anhänger aufböte, um jedenfalls Wahlmänner durchzubringen, die gegen das Junkerthum stimmen. Die Macht der conservativen Partei könnte um so eher gebrochen werden, je weniger ausgeprägt die socialdemokratische Parteistellung der Wahlmänner zu sein brauchte. Es könnte auch der Socialdemokratie nicht darauf ankommen, ausschließlich namhafte Mitglieder ihrer Partei zu Wahlmännern zu machen, sondern Personen, die das Vertrauen genießen und verdienen, daß sie nur einem Candidaten die Stimme für das Abgeordnetenhaus geben werden, der alle rückschrittlichen Gesetzesvorschläge abzuweisen sich verpflichtet.“

Der „Vorwärts“ bemerkt treffend dazu: Die Frage unserer Betheiligung wird von dem Parteitag entschieden werden. Aber in einer Beziehung besteht innerhalb unserer Partei keine Meinungsverschiedenheit: Wo immer wir Candidaten aufstellen, werden es nur solche sein, die durchaus auf dem Boden des socialdemokratischen Programms stehen. Es giebt keinerlei taktische Gründe, welche uns dazu veranlassen könnten, Candidaten mit einer „weniger ausgeprägten socialdemokratischen Parteistellung“ herauszusuchen. Wenn die Partei beschließt, sich an der preußischen Landtagswahl zu betheiligen, so thut sie es in erster Linie, um socialdemokratische Propaganda zu treiben. Hierüber mögen sich die bürgerlichen Oppositionellen nur keinen Täuschungen hingeben.

— Kommt eine neue Marinevorlage? Ueber diese Frage spintisirt und fabulirt die Presse allerlei. Jeden Tag wird die Frage anders beantwortet. Einer sagt: Sie kommt bald, im Nachtragsetat. Der andere: Sie kommt erst im Herbst. Einer wieder sagt: Es werden „nur“ die zwei vom Reichstag abgelehnten Kreuzer nochmals gefordert werden. Der andere: Es wird eine „große Vorlage“ werden. Sicher ist etwas im Werke. Tirpitz ist da. Nicht umsonst hat man nach dem ablehnenden Votum des Reichstages fortwährend und mit stets vermehrtem Nachdruck für die „Nothwendigkeit“ einer großen Flottenvermehrung gesprochen und geschrieben. Nicht umsonst hat man des Kaisers neue Tabellen „Einst und Jetzt“ der Mitwelt vermacht. Wann und in welchem Umfange die neue Vorlage kommt, ist nicht zu sagen. In den Zeitläuften des Zickzackkurses ist nichts sicher. Aber sicher ist, daß die Vorlage kommt und daß sie sehr groß sein wird. Die „Weltmachtpolitik“ kann nicht mit bescheidenen Forderungen auftreten. Sie geht „ins Große.“ Jeder Tag also kann die Erneuerung des Kampfes bringen, des Kampfes zwischen den See-Abenteurern und denen, welche Deutschland vor Zettelungen an allen Ecken der Erde bewahren und dafür im Lande selbst wirken und cultiviren wollen. Der schwanken Welle des Meeres ist Contreadmiral Tirpitz Herr geworden. Mit des deutschen Volkes festem Willen wird er nicht fertig werden!

— Das Herrenhaus gedenkt am 24. d. Mts. die Berathung der Vereinsgesetz-Novelle zu beginnen und am 30. d. Mts. die Schlußberathung vorzunehmen. Es ist anzunehmen, daß das Herrenhaus die freiconservativen Anträge aus dem Abgeordnetenhause — „kleines Socialistengesetz“ wieder aufnehmen wird. Man spricht von einer noch „klareren Formulirung“, d. h. der Entwurf soll so gefaßt werden, daß er lediglich gegen die Socialdemokratie gerichtet und alle Befürchtungen anderer Parteien für die eigene Haut beseitigt werden!

— Gegen den Ausschluß der Frauen aus politischen Vereinen und Versammlungen wendet sich der „Bund der deutschen Frauenvereine“. Er will eine Petition an den Reichstag senden, in der den bekannten Beschlüssen des Abgeordnetenhauses entgegengetreten und der Reichstag aufgefordert wird, dahin zu wirken, daß das Vereinswesen durch Reichsgesetz geregelt werde.

— Weibliche Fabrikinspectoren. In dem Staatshauptvoranschlage der Finanzperiode 1897/1900 für das Großherzogthum Hessen sind die Mittel für zwei weibliche Assistentinnen der Fabrikinspectoren eingesetzt. Dieselben werden den Beamten der beiden in Hessen bestehenden Aufsichtsbehörden unterstellt. Die Aufsichtsbefugnisse der Assistentinnen sollen sich einstweilen nur auf ganz specielle, die Frauenarbeit berührende Gebiete und solche Betriebe, in denen ausschließlich Arbeiterinnen beschäftigt sind, beziehen. Trotz dieser Beschränkungen bleibt doch die Thatsache beachtenswerth, daß Hessen die ersten weiblichen Aufsichtsbeamten in ganz Deutschland anstellen wird. Welche Personen ausersehen sind, über diese wichtige Frage wird noch nichts mitgetheilt.

Italien.

Zum Crispi-Scandal veröffentlicht die „Gazetta Piemontese“ eine Unterredung mit einem hohen Bologneser Justizbeamten. Derselbe versicherte auf das Bestimmteste, daß die Gerichtsbehörde sich unter keinen Umständen bestimmen lassen werde, das Verfahren gegen Crispi einzustellen. Die Anklagen gegen Crispi umfassen drei Gruppen, erstens Vergehen, die Crispi unter Mißbrauch seines Amtes als Minister begangen habe, zweitens gemeine Vergehen, die er während seiner Ministerzeit verübt, drittens gemeine Vergehen, die er begangen hat, während er Privatmann, das heißt Nichtminister war. Für die letzten beiden Punkte werde das gewöhnliche Tribunal, für den Punkt 1 jedoch der Senat zuständig sein. Der Gewährsmann des Turiner Blattes erzählt weiter, das Gericht habe soeben Indicien erhalten, daß Crispi von der Bank von Neapel große

Helene.

Roman in drei Büchern von Minna Kautsky.

75] Nachdruck verboten.

Aber sie war nicht nur gut, auch tapfer war sie. Diese kleine Person schien jeder Anstrengung gewachsen zu sein, und ihre Ruhe und Zuversicht wirkte auf Alle ermuthigend und belebend.

Mancher Bursche, der sich vor der Amputation fürchtete, wollte nur dann seine Zustimmung geben, wenn das „gute Fräulein“ an seiner Seite blieb.

Sie sagte immer zu und hielt getreulich aus.

Sie konnte Blut sehen; es war oft, als wolle sie sich mit den schrecklichsten Dingen vertraut machen, um zu lernen, ihre Kaltblütigkeit zu bewahren und ihre Nerven in Ordnung zu halten.

Von sich sprach sie nie. Weder ihre Kranken, noch ihre Vorgesetzten hatten eine Ahnung von ihrem inneren Wesen.

Mit ihrem schwächlichen, fast kindischen Aeußeren, ihrem silberhellen Lachen erschien sie durchaus harmlos; aber aus ihren dunklen Augen sprach oft ein tiefes Weh, und die Falte, die sich zwischen den starken Brauen gebildet hatte, deutete auf harte, noch nicht überwundene Kämpfe. — —

Tania Michailowna hatte in Petersburg studirt. Ganz schüchtern hatte sie sich in ihren Professor verliebt, kaum, daß sie sich's selbst gestand. Aber bald brach wie ein Sonnenstrahl in ihr junges Leben die Gewißheit, daß auch er sie lieb hatte.

Eugen Wassili Kolomin war jung, wohlgebildet und von seltenen Geistesgaben. Voll Feuer den neuen Ideen zugethan, hatte er sich der Bewegung angeschlossen, und sich zugeschworen, mitzuhelfen, um Volk und Vaterland zu befreien. Seine Absicht, die Geliebte seiner Gedankenwelt und seinen idealen Bestrebungen näher zu bringen, verlieh ihren Zusammenkünften etwas Poetisches und Zartes, das sie Beide erhob.

Es war eine schöne, glückliche Zeit gewesen, wo sie zusammensaßen, Schulter an Schulter geschmiegt, miteinander den Roman Tschernischewsky's lesend. Dieser war das Evangelium der gesammten russischen Jugend geworden, er hatte auch sie begeistert und ihnen eine neue Welt enthüllt, mit neuen Wahrheiten und neuen Menschen.

Sie selbst zählten zu diesen. Auch sie hatten sich in freier Neigung verbunden, im Gefühl ihrer innerlichen Zusammengehörigkeit, ohne nach etwas Anderem zu fragen.

Sie waren zusammengezogen und lebten in ehelicher Gemeinschaft. In ihren Herzen entfaltete sich Blüthe und Duft der ersten Liebe — um sie herum wüthete immer erbarmungsloser der weiße Schrecken.

Er zwang den Enthusiasten, die für die politische Freiheit kämpften, die gleiche Kampfesweise auf.

Bei Michael Karzow, Nataliens Vater, pflegten die Propagandisten heimlich zusammenzukommen.

Karzow war ein Mann von Ansehen, in hoher gesellschaftlicher Stellung, und obgleich er seit Jahren in der Bewegung stand, war dies doch nicht offenkundig geworden, und man mochte sich in seinem Hause immerhin sicher fühlen. Es war an einem Sommerabend, als Eugen seinen Hut nahm, um sich dahin zu begeben.

Lachend küßte er seine Frau wiederholt zum Abschied, und sie schlang ihre Arme um seinen Hals, und sah ihm voll übermüthigen Glückes in die Augen.

Er ging — — noch vom Fenster aus winkte sie ihm zu — sie sollte ihn nicht mehr wiedersehen.

Die Polizei war nächtlicher Weise bei Karzow eingedrungen und hatte sämmtliche Anwesende verhaftet. Dodukoff's Mitschuld verdächtig, das Schicksal der Anderen. Tania erfuhr es am nächsten Morgen.

Michael Karzow und seine Genossen waren in die Peter Pauls-Festung gebracht worden, wo sie für die Zeit ihrer Untersuchung eingeschlossen blieben — noch nicht verurtheilt und doch schon als die schlimmsten Verbrecher behandelt.

In diesem fürchterlichen Gefängniß, der Bastille Rußlands, blieben sie von der Außenwelt vollständig abgesperrt. Keine Kunde drang aus diesen gewaltigen Mauern heraus, kein Schrei der Verzweiflung. Sie durften Niemanden sehen, und Briefe gelangten nur selten zu ihnen, da man chiffrirte Mittheilungen fürchtete.

Sie selbst bekamen weder Bücher, noch Schreibmaterial, aber sie hätten auch gar nicht versucht, an ihre Freunde zu schreiben; genügte es doch, mit ihnen in Verbindung zu stehen, um verdächtigt und ohne Anklage, ohne Gerichtshof und Urtheil auf administrativem Wege nach Sibirien verbannt zu werden.

Tania vermochte das Gräßliche nicht zu fassen. Sie war halb wahnsinnig, und ihre Freunde fürchteten mit Recht, daß sie in der Exaltation des Schmerzes und im Gefühl ihrer gänzlichen Ohnmacht ihrem Leben ein Ende machen würde.

Sie suchten sie daher nach Möglichkeit zu beruhigen und Hoffnungen in ihr zu erwecken, die sie selbst keineswegs theilten.

Sie wußten nur zu gut, daß jeder Gebildete, der in Rußland der Polizei in die Hände fiel, ob unschuldig oder nicht, so gut wie verloren war, ihr aber suchten sie einzureden, daß die Untersuchung kaum ein belastendes Material für Eugen ergeben werde, und die Gerichte ihn daher freisprechen würden. Aber sie müsse sich ruhig verhalten, sonst würde sie Alles verderben. Und das arme Weib suchte ihren Schmerz zu bezwingen und im Hinblick auf Nataliens Wuth

Summen entnahm, um damit einem Mitgliede seiner Familie Geschenke zu machen, aber nicht nur die Banken, sondern auch viele Privatleute hätten Crispi mit Geldmitteln ausgeholfen, wofür dieser ihre Sonderinteressen protegirt habe.

Spanien.

Anarchisten-Ausweisung. Die in Folge des Bombenattentats von der Cambiosstraße in Barcelona verhafteten Anarchisten, welche in dem großen Anarchistenproceß freigesprochen wurden, wurden am 3. d. Mts. aufgefordert, Spanien binnen drei Tagen zu verlassen. Die meisten von ihnen erklärten, daß sie nach Frankreich gehen wollen, und einige nach Argentinien, Nordamerika, Brasilien, Tunis, Algier und England. Einer von ihnen sagte mit Humor, er wünsche als Oberbefehlshaber nach Cuba geschickt zu werden, um dort die Reformen einzuführen. Alle weigerten sich, das Ausweisungsprotokoll zu unterzeichnen.

Schweden.

Der skandinavische Socialisten- und Gewerkschaftscongreß, welcher vom 19. bis 21. Juli in Stockholm tagen wird, hat eine sehr hohe Bedeutung. Die Bewohner der drei skandinavischen Staaten: Dänemark mit Island, Schweden und Norwegen gehören nicht nur einer Völkerfamilie an, sondern sind ganz nahe Stammesverwandte, und die schwedische, dänische und norwegische Sprache sind weniger voneinander verschieden als Hochdeutsch und Plattdeutsch, so daß die gegenseitige Verständigung nicht schwer fällt. Die drei skandinavischen Länder waren unter der „Kalmarischen Union" (von 1397 bis 1523) schon einmal vereinigt, wurden durch dynastische Interessen jedoch wieder auseinandergerissen. Zwischen Schweden und Norwegen ist wieder eine Union entstanden, die aber, weil auf monarchischer Grundlage ruhend, dem freien, nie bezwungenen Volke der Norweger stets widerwärtig war. Der skandinavische Congreß der Socialdemokratie Dänemarks, Schwedens und Norwegens ist gewissermaßen die Halbtausend-Jahrfeier der Kalmarischen Union (1397), und sein Zweck ist, eine festere und dauerndere Union zu schaffen, als es unter den Auspizien des monarchischen Princips und dynastischer Interessen möglich war.

Sechster österreichischer socialdemokratischer Parteitag.

Der Parteitag ist am Sonntag Vormittag eröffnet worden. 160 Delegirte aus allen Theilen Oesterreichs sind erschienen, darunter vollzählig die 14 Mann starke socialdemokratische Fraction des Reichsraths, außerdem Engelbert Pernerstorfer und der Vorsitzende der österreichischen Parteivertretung Dr. Victor Adler. Die deutsche Partei ist durch den Abg. Molkenbuhr und den Parteisecretär Pfannkuch vertreten.

Popp-Wien eröffnet den Parteitag unter Hinweis auf den Wendepunkt in der Parteigeschichte, auf die erste parlamentarische Vertretung der Partei.

Dann übermittelt Pfannkuch-Hamburg dem Parteitage die Grüße der deutschen Socialdemokratie in einer längeren Ansprache, in der er die Solidarität der deutschen Bruderpartei betont und auch auf die Wiener Wahlen zu sprechen kommt. Unter anderem sagte Pfannkuch, der nächste deutsche Parteitag werde zu erwägen haben, ob und wie mit anderen Parteien gemeinsam der Kampf gegen das Junkerthum zu führen sei. Die Ansprache fand lebhaften Beifall.

Eine längere Debatte entspinnt sich hierauf über die Frage, ob der Parteitag den bekanntlich von antisemitischer Seite eingeleiteten Tramwaystreik unterstützen solle oder nicht. Schließlich wird ein Antrag mit großer Mehrheit angenommen, der den streikenden Arbeitern die Sympathie des Parteitages und die Unterstützung Seitens der Partei zusichert.

Nachmittags tritt dann der Congreß in seine Tagesordnung ein. Schuhmeier-Wien erstattet den Parteibericht, Dr. Ellenbogen-Wien den Kassenbericht. Beide reden deutliche Zeilen von dem Wachsthum und dem Aufschwung der Partei. Mit dem Ausfall der Wahlen erklärten sich die Referenten im Großen und Ganzen befriedigt, das Resultat der Wiener Wahlen natürlich ausgenommen. In der den Referaten folgenden Debatte unterzieht Dr. Adler den Ausfall der Wiener Wahlen einer längeren Besprechung und kommt dabei zu dem Schluß, daß die Socialdemokratie den Bedienten aller Kategorien, die von den Antisemiten an die Wahlurne gebracht worden sind, unterlegen seien.

Der Parteivertretung wird Decharge ertheilt.

Zweiter Verhandlungstag.

Der Vorsitzende Zeller-Teplitz eröffnet die Verhandlung nach 9 Uhr und giebt dem Abgeordneten Daszynski-Krakau das Wort zu seinem Referat über die parlamentarische Thätigkeit. Der erste Antrag von unserer Seite galt dem allgemeinen gleichen Wahlrecht. Der socialdemokratische Partei-Verband habe auch zur Sprachenverordnung Stellung genommen. Der Verband habe auch außerhalb des Parlaments eine rege Thätigkeit entwickelt. Die Abgeordneten hätten in 1[illegible] Versammlungen gesprochen. Redner bespricht die politische Situation und schließt: Ich will keinen Wetterpropheten spielen, aber wir haben uns schon in schwierigeren Situationen befunden, mit Ihnen gemeinsam in die Zukunft blicken und werden in dem Kampfe, uns die Unmündiger des Volkes zum Halse zu schaffen [illegible]. (Lebhafter Beifall.)

Ueber die Taktik der Partei hält hierauf Dr. Victor Adler ein Referat. In der parlamentarischen Vertretung habe sich die Partei ein neues Organ ge[illegible]. [illegible] des allgemeinen Wahlrechts, ein [illegible] Wahlrecht, so besitzen wir [illegible] 14 [illegible] Abgeordnete. Die parlamentarische Vertretung [illegible] Arbeiterschaft überhaupt [illegible] zur socialdemokratischen völlig [illegible] Arbeiterschaft. Deshalb muß die Taktik der Partei aus dem Volke heraus bestimmt werden. [illegible] ab, den Gefahren gegenüber zu [illegible] zunehmenden [illegible] und [illegible]. Das [illegible] in die [illegible] des Nationalitätenhaders. Die Aufgabe [illegible] der Bourgeoisie [illegible], sie hat sich aber unfähig dazu erwiesen. Wir haben den Begriff des Internationalismus weiter entwickelt, denn Oesterreich ist bekanntlich die [illegible] des Internationalismus [illegible]. Die [illegible] Frage, die in den Vordergrund unserer [illegible] treten muß, ist die Frage des Arbeiterschutzes im [illegible] Sinne des Wortes. [illegible] hinter dem Kampf ums Wahlrecht etwas zurückgetreten. Wenn die Regierung demnächst die Verlängerung des [illegible] verlangen wird, werden wir gegen den [illegible] ganz energisch Stellung nehmen. Es handelt sich auch hier um [illegible]. Den Antrag, daß die Familien der [illegible] für den [illegible] entschädigt werden sollen, werden wir [illegible]. Redner [illegible] schließlich für den [illegible] eine [illegible] Bewegung für die Erringung des allgemeinen Wahlrechts für den Gemeinderath von Wien an. Die Christlich-Socialen sind nur die [illegible] der Socialdemokratie. Sie [illegible] im [illegible], aber sie [illegible] Arbeiter[illegible]. [illegible] Massen der Arbeiter [illegible], mit dem [illegible] und [illegible]. (Lebhafter Beifall.)

In der nun folgenden Discussion machte sich fast allgemeine Zustimmung zu den beiden Referaten geltend. Engelbert Pernerstorfer knüpft an eine Rede Brots-Wien an, der es der Partei zum Vorwurf macht, daß sie nicht scharf genug gegen den Antisemitismus Stellung genommen habe. Pernerstorfer weist diesen Vorwurf in einer glänzenden Rede als unberechtigt nach.

Internationaler Bergarbeiter-Congreß.

Der achte internationale Bergarbeiter-Congreß trat Pfingstmontag in der St. Martins Town Hall in London zusammen. Anwesend sind vorläufig 68 Delegirte als Vertreter von 1,050,000 Bergarbeitern. Die englischen Delegirten, die 590,000 Bergarbeiter vertreten, sind in der überwiegenden Mehrzahl. Deutschland ist durch drei Delegirte repräsentirt. Reichstagsabgeordneter Heinrich Möller vertritt Ober- und Niederschlesien, Sachse aus Zwickau die mitteldeutschen Bergwerksreviere und Mühlenbeck aus Altenessen Rheinland und Westfalen. Aus Frankreich sind als Vertreter von 130,000 Bergarbeitern der Abgeordnete Lamendin und der von der Regierung gemaßregelte frühere Maire von Carmaux, Calvignac, erschienen. Die belgische Delegation trifft erst Dienstag ein.

Die „christlichen Bergarbeiter" Deutschlands haben bekanntlich ihre Betheiligung abgelehnt, um die sie im Einverständniß mit den deutschen Delegirten der Vorsitzende des mächtigen Verbandes der Grubenarbeiter (Miners Federation), Pickard, ersucht hatte.

Die österreichischen Bergarbeiter haben von einer Beschickung des Congresses absehen müssen. Vom Parteitag der österreichischen Socialdemokratie ist ein Begrüßungstelegramm eingelaufen.

Thomas Burt, Mitglied des Parlaments, eröffnet den Congreß. Noch seien viele Fragen strittig, „aber wir leben ja und sind in einem Lande, wo das freie Wort, die freie Debatte regiert". In einem Punkte seien Alle einig: Die Organisation muß gestärkt und ausgebaut werden. Noch sei auch in England vieles in dieser Hinsicht zu thun. Schlimmer noch stehe es auf dem Festlande. „Noch wollen die Regierungen dort die Freiheit des Wortes und die Freiheit der Coalition schmälern und hindern. Die englischen Arbeiter sind entschlossen, die Arbeiter des Continents in ihrem Kampfe um die Freiheit zu unterstützen, mit Thaten, nicht nur mit Worten!"

Möller dankt für die freundliche Begrüßung. „Die Idee des internationalen Zusammengehens aller Arbeiter bricht sich immer mehr Bahn. Besonders nothwendig ist die Pflege der internationalen Beziehungen für die deutschen Bergarbeiter, deren Lebenshaltung noch tief steht. Ich hätte gewünscht, daß schon auf diesem Congreß über die Berggesetzgebung der verschiedenen Länder referirt würde; dieser Wunsch wird sich hoffentlich im nächsten Jahre erfüllen lassen. Noch viel ist zu thun, wenn wir eine geschlossene Vertretung aller deutschen Bergarbeiter haben wollen. Aber schon sind Schritte hierzu gethan dank der Unterstützung Pickards."

Der Congreß setzte seine Arbeitszeit auf fünf Stunden täglich fest. Zum Vorsitzenden der morgigen Tagung wurde Sachse-Zwickau einstimmig gewählt.

Partei-Angelegenheiten.

Der dritte Parteitag der polnischen Socialdemokratie, der am Pfingstsonntag in Berlin zusammentrat, war von 24 Delegirten besucht. Neben den Polen Schlesiens und Posens hatten auch die in Berlin und Umgegend, Brandenburg, Frankfurt a. O., Hamburg, Leipzig und anderen deutschen Orten arbeitenden socialdemokratischen Polen Vertreter gesandt. Neben dem überwachenden Polizeilieutenant hatte der Polizeirath Zacher aus Posen, eifrig schreibend, Platz genommen. Aus den Berichten der Delegirten ging hervor, daß trotz der unerhörtesten Bekämpfung unserer Partei insbesondere durch Geistlichkeit und Adel doch ein Fortschritt der socialistischen Propaganda unter den Polen zu verzeichnen ist. Die Einnahme des Parteiverbandes betrug 13,573 M., die Ausgabe 13,6[illegible] M., so daß nur ein geringes Deficit vorhanden ist. Die „Gazeta Robotnicza", das Organ der polnischen Partei, hat 3000 Abonnenten. Die Beschlüsse des Parteitages sind kurz zusammengefaßt folgende: Zur besseren Beschaffung von Geldmitteln werden die Sammlungen, die bisher, mit Ausnahme Hamburgs, nur in polnischer Sprache gebracht wurden, künftig zum Theil in polnischer und deutscher Sprache gebracht. Der Parteitag wird von jetzt ab alljährlich abgehalten, um eine bessere Fühlung unter den Parteigenossen herzustellen. Mit Hilfe der deutschen Vertrauenspersonen soll eine Statistik der in den einzelnen Orten arbeitenden Polen aufgenommen werden. Die „Gazeta Robotnicza" soll jährlich mindestens einmal ein Verzeichniß der Genossen veröffentlichen, die über polnische Parteigenossen [illegible] werden. Jeder Parteitag der deutschen Socialdemokratie soll durch einen Delegirten beschickt werden, der der polnischen Organisation angehört. Unter den Sachsengängern sollen [illegible] gedruckte polnische Flugblätter vertheilt werden. Die Mitglieder der Partei sind verpflichtet, der Genossenschaft [illegible] beizutreten, wenn eine solche am Orte besteht. Ueber die wirthschaftlichen Verhältnisse der polnischen Arbeiter sollen Erhebungen veranstaltet und die Ergebnisse derselben der socialdemokratischen Reichstagsfraction zugestellt werden. In allen Kreisen mit starker polnischer Arbeiterbevölkerung sollen [illegible] bei den nächsten Reichstagswahl eigene Candidaten aufgestellt werden; die Wahlagitation in Oberschlesien soll durch einen geeigneten Genossen betrieben werden. Gegen die [illegible] Annahme und gegen die in Schlesien [illegible] wurde sich der Parteitag in sehr [illegible]. Bezüglich der Frage, wie sich die polnische Socialdemokratie zu dem Begriff der polnischen Nationalität verhalte, [illegible] der Parteitag, den [illegible] bezüglichen polnischen Antrag auf dem [illegible] internationalen Socialistencongreß in das Programm der polnischen socialdemokratischen Partei aufzunehmen. Gegen die Kritik, die in diesen Tagen über die polnische Partei in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" veröffentlicht worden sind, wurde eine Erklärung angenommen. Ein Antrag, die „Gazeta Robotnicza" von Berlin nach Posen zu verlegen, fand nicht die Zustimmung des Parteitages; ein anderer Antrag, die „Gazeta Robotnicza" [illegible] erscheinen lassen, wurde bis zum nächsten Parteitag [illegible]. Vom nächsten 1. Mai an soll für die Agitation unter den Polen alljährlich eine eigene Mai-Festzeitung herausgegeben werden.

Aus der Wahl des Parteivorstandes gingen hervor: Redacteur [illegible], [illegible], Gehandlungs [illegible] Thiel, [illegible] und Arbeiter [illegible], [illegible] in Berlin. Zu [illegible] Berlins, [illegible] und [illegible] in Berlin. Als Vertreter für den nächsten Parteitag der deutschen Socialdemokratie wurde [illegible] gewählt. Beschlossen war nach der Erledigung einer [illegible], die alle [illegible] über den [illegible] und die [illegible] erledigen soll; es kam jedoch nicht zur Wahl [illegible].

Nach einem [illegible] Schlußwort des Vorsitzenden Berfus, [illegible] in der [illegible] der polnischen Socialdemokratie mit den [illegible] aller [illegible] gab, ging der Parteitag mit einem [illegible] Hoch auf die Socialdemokratie auseinander.

Arbeiterbewegung.

Maurer. In **Bochum** haben die Maurer die Arbeit eingestellt.

Metallarbeiter. In der „[illegible]" bei [illegible] [illegible], ist ein Streik ausgebrochen. [illegible] der Unternehmer [illegible] zur Vermeidung von Streikbrechern [illegible].

Zimmerer. Der [illegible] in **Göppingen** in Württemberg ist am 5. Juni durch Vergleich beigelegt worden. [illegible] neben Anderem der Zehnstundentag, jedoch erst vom 15. März 1898 an, und eine sofortige Lohnerhöhung von durchschnittlich zehn Procent. — Der Zimmererstreik in **Mannheim** ist zu Gunsten der Arbeiter beendet.

Kleine Rundschau.

Wegen eines schweren Sittlichkeitsverbrechens ist gegen den praktischen Arzt Dr. Rudolf Krüger in Berlin ein Haftbefehl erlassen worden. Krüger ist flüchtig.

Furchtbare Folgen des Leichtsinns. Auf dem Grundstück des Gastwirths Jacob in Treptow bei Berlin waren am Sonnabend Nachmittag zwei Mädchen damit beschäftigt, die zum Pfingstfeste geschlachteten Gänse über einer Pfanne mit brennendem Spiritus abzusengen. Als das Feuer zu verlöschen drohte, goß man Spiritus in die Pfanne nach. Mit einem furchtbaren Knall explodirte die Flasche. Beide Mädchen erlitten Brandwunden. Die Köchin Brackhuhn ist gestern ihren Verletzungen erlegen, während bei dem anderen Mädchen eine Gefahr für das Leben nicht mehr vorzuliegen scheint.

Hamburg, 8. Juni. Der 43jährige Tischler Heß erschoß in der vergangenen Nacht zuerst seine Ehefrau und dann sich selbst. Das Motiv ist in Nahrungssorgen zu suchen. In einem zurückgelassenen Briefe schreibt Heß, er führe die traurige That deshalb aus, weil er ein frohes Pfingstfest nicht ohne Nahrung verleben könne.

Ein Opfer seines Leichtsinns wurde ein Soldat am zweiten Pfingstfeiertage Abends in der Marktstraße in Altona. Er sprang von einem noch in Fahrt befindlichen Anhängewagen eines elektrischen Bahnzuges gegen die Fahrrichtung, fiel ab, und erlitt einen Schädelbruch. Nach einigen Stunden starb er.

In Folge eines Windstoßes ist am zweiten Feiertag ein Boot mit sieben Personen auf der Elbe bei Blankenese umgeschlagen. Ein Herr und eine Dame ertranken.

Das Hochwasser der Elbe hat in der Wischegegend ungeheure Verwüstungen angerichtet. Ein Elbdeich ist gebrochen, und durch diesen Unglücksfall sind ungefähr 300 bis 400 Morgen schönster Feldbestand vernichtet worden.

Zwei Menschen ertrunken. Auf der Gromszis'schen Ziegelei, hinter Tomaberg, hart an dem Bahngeleise Inowrazlaw-Kruschwitz, befindet sich eine Sandgrube, welche durch den anhaltenden Regen mit Wasser gefüllt war. Dort versuchte am Sonnabend Nachmittags 4 Uhr der Arbeiter Harenski sich zu waschen, hatte aber das Unglück, in den Tümpel zu fallen. Er rief um Hilfe, der Arbeiter Czacinski gab sich die größte Mühe, den Verunglückten zu retten, wurde aber von H. fest umklammert und beide ertranken. Beide hinterlassen eine größere Familie.

Heimweh. In Fallersleben hat ein 18jähriges Mädchen, das bei der Gastwirthswittwe Reinecke bedienstet war, aus Heimweh eine Verzweiflungsthat begangen. Sie hat sich mit einem Beil neun Hiebe in den Kopf und einen in den linken Oberarm beigebracht. Sie liegt schwer darnieder.

Mord und Selbstmordversuch eines Soldaten. Am Dienstag früh erschoß in Eilenburg ein Soldat, der eigentlich schon am Abend vorher in seiner Garnison hätte eintreffen müssen, ein junges Mädchen, mit dem er in einem Liebesverhältniß stand. Darauf versuchte er auch sich zu erschießen, doch verwundete er sich nur sehr schwer durch zwei Schüsse in die rechte Brust.

Bei einer Radfahrt auf der steilen und für Radfahrer durch ihre zahlreichen Windungen gefährlichen Straße nach Zirl bei Innsbruck ist der 21jährige Mechaniker Sontheimer aus Schlingen bei Kaufbeuren vom Rad geschleudert worden. Nach 20 Minuten war er todt. Seine zwei Collegen hatten ihn ermahnt, abzusteigen.

In Folge häuslicher Zwistigkeiten hat in Turbenthal bei Zürich eine Förstersfrau ihre drei Kinder im Alter von ein bis fünf Jahren mit der Hacke erschlagen und sich selbst erhängt.

Zu der Wirbelsturm-Katastrophe im Morgethal (Frankreich) wird weiter gemeldet: Von den 130 Fabrikbetrieben des Thales sind sechzig, darunter die bedeutendsten, zerstört. Die 400 im Brun'schen Fabrikgebäude wohnenden Arbeiterinnen entgingen dem sicheren Tode dadurch, daß sie nach dem Feierabend zusammen einen Ausflug für die Feiertage unternahmen. Der 70jährige Fabrikbesitzer Brun blieb mit seiner Gattin allein zurück. Er wurde, als er die Fenster schließen wollte, vom Wirbelsturm erfaßt, in die Tiefe geschleudert und erlitt schwere Verletzungen. Brun ist durch die Katastrophe total ruinirt. Ueber die Hälfte des Schadens trifft reiche Gesellschaften, welche auf Staatshilfe nicht rechnen. Dem Wirbelsturme folgte Hagelschlag. Die plötzlich hereinbrechende Katastrophe rief eine heillose Verwirrung hervor, die durch das Erlöschen der Straßenbeleuchtung noch erhöht wurde. Bis jetzt werden 6 Personen vermißt. In den nach dem Flusse zu führenden Straßen schwimmt eine Unmasse von Gegenständen aller Art aus den zerstörten Fabrikräumen, Rechnungsbücher, Papierrollen, Seidenballen, Stühle und Tische. Die ganze Stadt bietet einen unbeschreiblichen Anblick. Dazu kommen die Verheerungen, die etwa 25 Kilometer weit stromabwärts die Wassermassen in den an den Ufern gelegenen Weinbergen angerichtet haben. Auf dieser ganzen Strecke ist die diesjährige Ernte so gut wie völlig vernichtet.

Ein unglaubliches Verbrechen wurde in Oran vor das Schwurgericht gebracht. Vier Spanier hatten am Weihnachtsabend einen an ihrem Hause vorübergehenden Landsmann hineingerufen, sich auf ihn geworfen und ihn aus bloßer Grausamkeit, um die „noche buena" heilige Nacht zu feiern, an verschiedenen Körpertheilen bei offenem Feuer geröstet, wobei sie sein Geschrei durch Knebel unterdrückten. Sein Bruder fand ihn mit Brandwunden bedeckt, am Unterleib, an den Knien und Schenkeln verkohlt, ohnmächtig vor und brachte ihn ins Hospital, wo er erst am 12. Januar unter furchtbaren Qualen starb. Aus der Verhandlung ergab sich kein weiterer Beweggrund, der die Mörder zu ihrer That veranlaßt hätte. Sie wurden unter Ausschließung vorbedachten Handelns, dagegen unter dem erschwerenden Umstand der Folter wegen Todtschlags zu je zwanzig Jahren Zwangsarbeit verurtheilt.

Eine Kesselexplosion hat in Puebla (Mexiko) stattgefunden. Zwanzig Personen sind dabei umgekommen.

Locale Rundschau.

Breslau, den 10. Juni 1897.

Zur Frage der freien Arztwahl. In der „Deutschen medizinischen Wochenschrift" veröffentlicht Dr. W. Hanauer-Frankfurt einen Aufsatz über die freie Arztwahl in Frankfurt a. M. Der Verfasser legt dar, wie die am 1. Januar 1896 bei der Frankfurter Ortskrankenkasse eingeführte freie Arztwahl bisher gewirkt hat und kommt am Schluß seines Aufsatzes zu der Feststellung, daß die freie Arztwahl sich durchaus bewährt hat, in allgemeiner Hinsicht, insofern die Mitglieder zufrieden waren, in finanzieller, indem von den beiden Ausgabeposten für Arzneien und Krankengeld, die nach vielfacher Annahme bei freier Arztwahl bedeutende Mehrausgaben veranlassen sollen, der erstere kaum nennenswerth in die Höhe ging, der letztere sich bedeutend verminderte. Natürlich gestattet der kurze Zeitraum von einem Jahre noch kein endgiltiges Urtheil, und auch Dr. Hanauers Bericht spricht sich in dieser Hinsicht mit einiger Reserve aus, allein man darf die begründete Hoffnung hegen, daß auch weiter die Ergebnisse günstige sein werden, auch wenn die Gesundheitsverhältnisse weniger gute sind, als im verflossenen Jahre, vorausgesetzt, daß das Zusammenwirken

zwischen Kasse und Aerzten, wie es dort jetzt besteht, auch ferner stattfindet. Letzteres ist allerdings für das Gedeihen einer Krankenkasse, wie das der freien Arztwahl unerläßlich.

* **Die Berliner Chaussee** soll nach dem neuen Bebauungs-Plane für Pöpelwitz durchweg eine Breite von 30 Meter erhalten. Die einmündenden Querstraßen schließen sich nach Möglichkeit den bestehenden Ausführungen bezw. Projecten der dortigen Straßenbau-Unternehmer an. Für die Herstellung eines ordentlichen Zuganges zum Eichenpark mit Promenadenweg 2c. ist der gegenüber dem Börsen-Restaurant des Schlachthofes abzweigenden Straße eine Breite von 26 Metern gegeben worden. Am Ende der Berliner Chaussee ist ein Platz zu Markt- oder sonstigen öffentlichen Zwecken von mehr als 100 Meter Länge und 75 Meter Breite vorgesehen worden. Eine weitere Anlage von freien Plätzen an der Berliner Chaussee war nicht mehr möglich. In der Bebauungsplan-Skizze für die vormalige Vorstadt ist den gegebenen Verhältnissen und den begonnenen Ausführungen möglichst Rechnung getragen. Die Austheilung der Viertel ist zum Theil eine etwas kleine, doch ist ohne wesentliche Schädigung privater Interessen eine Aenderung nicht möglich. Die gewählten Straßenbreiten sind ebenfalls geringe, in der Regel 16 Meter, welche jedoch den Zwecken als Wohnstraßen für Arbeiterbevölkerung genügen dürften. Die sogenannte Schmiedegasse, welche die Zufahrt zum Hafen der Frankfurter Güterbahn-Gesellschaft bildet, soll eine Breite von 20 Meter erhalten. Von den Straßen parallel der Berliner Chaussee wird nur diejenige später etwas Bedeutung haben, welche in der Verlängerung der Cosel-Pilsnitzerstraße nach den bestehenden Wegunterführungen unter der Posener Bahn nach der Viehweide verläuft. Diese Straße soll 20 Meter breit werden. Vorgärten sind in dem Pöpelwitzer Gebiet nur ausnahmsweise und an einzelnen bevorzugten Lagen vorgesehen.

* **Ein neuer Fluchtlinienplan** soll für die Vorder- und Hinterbleiche festgesetzt werden. Das Mindestmaß der Straßen ist auf 7 Meter festgesetzt, die [illegible] Breite, welche der Eingang zu dem südlichen Straßenarm z. Z. aufweist. Für die [illegible]ndungsstraße ist die Breite behufs Erlangung eines Wendeplatzes für Wagen auf 15 Meter festgesetzt worden. In dem nördlichen Straßenflügel kann, um die Bautiefen nicht zu sehr einzuschränken, die Breite auf nicht mehr als 7 15 Meter vorgesehen werden. Auf der Hinterbleiche ist im Hinblick auf die größere Bedeutung dieser Straße für den durchgehenden Fußgänger-Verkehr eine gleichmäßige Breite von 9 42 Meter angenommen worden, welche die Anlegung von ca. je 2 Meter breiten Fußwegen gestattet. Kurz vor dem Laufsteg erweitert sich die Straße zu einem Platze, welcher das Umwenden der Wagen gestattet, im Uebrigen auch noch Raum bietet zur Aufstellung einer Anschlagsäule, eines Pissoirs oder dergleichen.

* **Eine grenzenlose Rohheit** hatte sich am Abend des 21. März der Schlossermeister Wilhelm Langner gegenüber einer Dame zu Schulden kommen lassen. Die Buchhalterin Elise G. kam damals mit zwei Freundinnen aus dem Stadt-Theater. Hinter den Damen schritt Langner mit einem Bekannten. Am Tauentzienplatz umfaßte L. plötzlich Fräulein G. mit beiden Armen von hinten und duzte sie. Als sich die letztere erschrocken umwandte und den Attentäter von sich abzuwehren suchte, fiel diesem der Hut vom Kopfe. Darüber gerieth Langner derartig in Wuth, daß er der Dame mit seinem Spazierstocke — einem Todtschläger — einen wuchtigen Hieb über den Kopf beibrachte. Während darauf die Verletzte, welcher aus klaffender Stirnwunde das Blut herunterfloß, einen Arzt aufsuchte, gingen ihre Freundinnen dem brutalen Menschen nach, der sich inzwischen gemächlich in ein Café begeben hatte, und ließen ihn dort verhaften. Das Schöffengericht, vor welchem sich dieserhalb Langner, ein im Uebrigen unbescholtener Mann, wegen gefährlicher Körperverletzung zu verantworten hatte, verurtheilte ihn zu vier Monaten Gefängniß. Hiergegen legten sowohl der Staatsanwalt, als der Verurtheilte die Berufung ein. Das Landgericht, vor welchem die Sache anstand, verwarf, wie die „Bresl. Ztg." berichtet, jedoch beide Berufungen, mit der Begründung: Eine empfindliche Strafe für das rohe Benehmen des Angeklagten sei angebracht, weil dem Damenpublikum gegenüber derartigen Belästigungen der Schutz des Gerichtes zu Theil werden müsse. Es liege nicht der geringste Grund vor, die empörende Handlungsweise milder zu betrachten, als dies das Schöffengericht gethan habe. Andererseits sei aber auf die vom Staatsanwalt beantragte Straferhöhung nicht erkannt worden, weil in Betracht zu ziehen sei, daß der Angeklagte unbescholten und am damaligen Spätabende angetrunken gewesen sei.

Wir erachten die empfindliche Strafe in diesem Falle für sehr angebracht. Selbst in angetrunkenem Zustande darf sich ein Mann solche Rohheiten nicht zu Schulden kommen lassen: er verdient nicht die Zubilligung mildernder Umstände.

* **Die Eröffnung von Spielplätzen für die Kinder** der hiesigen Schulen zur Vornahme von Unterhaltungs- und Bewegungsspielen im Freien ist auch für das laufende Sommerhalbjahr wieder in der Weise in Aussicht genommen, daß zunächst für die Zeit vor den Sommerferien und zwar vom 12. Juni ab zweimal wöchentlich gespielt werden soll. Die Spielstunden sind am Mittwoch und Sonnabend, Nachmittags von 4—6 Uhr; nur auf dem Spielplatz Siebenhufenerstraße 60 liegen sie für Knaben in der Zeit von 3—5 Uhr, für Mädchen von 4—6 Uhr.

* **Den Bau einer Brücke über die Oder am Ausgange der Margarethenstraße** wünschte eine Petition, welche der Bezirksverein der Ohlauer Vorstadt [illegible] den Magistrat richtete. In der inzwischen eingegangenen Antwo[illegible] [illegible]nt der Magistrat das Bedürfniß an, bemerkt jedoch, daß die erfo[illegible]chen sehr bedeutenden Mittel für den Brückenbau zur Zeit nicht zur Verfügung stehen; dieselben sollen bei der nächstens neu aufzunehmenden Anleihe vorgesehen werden.

* **Die Oder** und die Einmündungen ihrer wichtigeren Nebenflüsse werden gegenwärtig von dem Unterausschuß bereist, welcher zur Untersuchung der Verhältnisse der von der Ueberschwemmungsgefahr am meisten bedrohten Stromgebiete eingesetzt wurde.

* **Frequenz im städtischen Arbeits-Nachweis** in der Woche vom 30. Mai bis 5. Juni. a) Männer: Angebotene Arbeitskräfte 105. Zu besetzende Stellen 85. Besetzte Stellen 73. b) Frauen: Angebotene Arbeitskräfte 20. Zu besetzende Stellen 49. Besetzte Stellen 40.

* **Straßen- und Brückensperre.** Behufs Canalisation wird die Magazinstraße zwischen der Kohlen- und der verlangerten Adolfstraße vom 9. d. Mts. ab auf die Dauer von 14 Tagen für Fuhrwerk und Reiter gesperrt. — Behufs Ausführung der Schlußarbeiten für die Höherlegung der Brücke über die Schiffahrtsoder hinter der Füllertinsel im Zuge der Eisenbahnstrecke Mochbern—Oderthorbahnhof wird der Fußgängerverkehr über diese Brücke vom 10. d. Mts. ab auf die Dauer von etwa acht Tagen gesperrt.

* **Unglücksfall.** In der Nacht zum 8. d. Mts. stürzte ein obdachloser Töpfer auf der Bismarckstraße in Folge eines Krampfanfalles zu Boden und zog sich dabei eine erhebliche Verletzung an der rechten Schulter zu. Nachdem Sanitätsmannschaften der Feuerwehr dem Leidenden die erste Hilfe geleistet hatten, wurde er dem Allerheiligen-Hospital zugeführt.

* **Selbstmordversuch.** Am 8. d. Mts. hängte sich eine Handelsfrau in ihrer Wohnung auf der Schießwerderstraße an der Thürklinke auf. Die 14 Jahre alte Tochter betrat bald darauf die Stube, schnitt ihre Mutter sofort ab und ließ sie am Boden liegen, in der Meinung sie sei bereits verstorben. Als nach etwa zwei Stunden ein Schutzmann in die Wohnung kam, merkte er sofort, daß in der Frau noch Leben sei. Es wurde alsbald ein Krankenwagen aus dem Allerheiligen-Hospital requirirt, doch hatte sich die Frau inzwischen wieder soweit erholt, daß sie in der Wohnung verbleiben konnte.

* **Leichenfunde.** Am 6. d. M., Vormittags wurde bei der Burgstraße die Leiche eines jungen Mannes aus der Oder gezogen, der Postbeamtenuniform trug. In demselben ist der seit einiger Zeit vermißte Posthilfsbote Ernst Kob[illegible], der zuletzt auf der Gartenstraße gewohnt hat, erkannt worden. Es handelt sich zweifellos um einen Selbstmord. — Am 8. d. M., Morgens, wurde in der Nähe des Augustaplatzes die Leiche des Tischlers Jablonski aus der Oder gezogen, der am 2. d. M. von der Lessingbrücke in die Oder gesprungen ist.

* **Vermißt** wird seit dem 6. d. Mts. der 12 Jahre alte Schulknabe Heinrich Bock aus Oltaschin.

* **Einbruchsdiebstähle.** Am 7. d. M., Nachmittags, wurden in zwei Wohnungen auf der Bohrauerstraße Einbrüche verübt; in der einen Wohnung wurde aus einem gewaltsam geöffneten Schreibtisch ein Zwanzigmarkstück, in der anderen Wohnung aus einem Schreibpult ein Trauring, gezeichnet 16. Juni 1878, Ottilie Büttner, gestohlen.

* **Verhaftet** wurde ein Viehhändler, der am 8. d. M., Nachmittags, auf dem Schießwerderplatz bei Verübung von Taschendiebstählen ertappt worden war. Bei dem Verhafteten fand sich noch ein schwarzes Portemonnaie vor, welches aber nur eine Muschel und einige kleine Haarnadeln enthielt.

Socialdemokratischer Parteitag für Schlesien und Posen.

Es kommt alsdann zur Verhandlung der vierte Punkt der Tagesordnung:

Unsere Presse.

Dazu ist ein Antrag eingegangen von Arndt-Brieg, welcher eine Verschmelzung der „Volkswacht" und des „Proletariers" wünscht; die Parteigenossen in Breslau beantragen, die Preßcommissionen haben auf den Parteitagen Bericht über den Stand der Presse zu erstatten. Ferner liegt vor ein Antrag der Brieger Genossen betr. Stellungnahme des Parteitages zur Ausweisung von Berichterstattern aus socialdemokratischen Versammlungen, welcher jedoch die nöthige Unterstützung nicht findet und darum nicht zur Verhandlung kommt; schließlich stehen Anträge von Liegnitz zur Berathung, welche Unterstützung und Reorganisation der „Volkswacht" betreffen.

Das Wort erhält zunächst

Schütz-Breslau, der auf den vorliegenden Geschäftsbericht der „Volkswacht" verweist.

Kühn-Langenbielau giebt einen kurzen Bericht über den Stand des „Proletariers". Das Blatt stehe verhältnißmäßig günstig da, die Auflage betrage rund 6000 Exemplare, Schulden sind nicht vorhanden, dagegen etwas Vermögen.

Junge-Langenbielau als Preßcommissions-Mitglied des „Proletariers" erkärt, bei seiner Revision alle Bücher in bester Ordnung gefunden zu haben.

Arndt-Brieg: Es liegt an dem Unverstand der Massen, daß unsere beiden Parteiblätter in Schlesien nicht so gute Geschäfte machen, wie es der Fall sein könnte, wenn alle diejenigen, die sich Socialdemokraten nennen, die Arbeiterpresse unterstützen würden. Was die Agitation für die „Volkswacht" anlangt, so ist in Breslau das Möglichste gethan worden, ohne freilich bis jetzt die gewünschten Erfolge zu erzielen. Wenn nun statt der beiden Blätter nur eines erschrine, wäre dieses eine Blatt lebensfähiger. Die Herstellungskosten würden verhältnißmäßig geringer sein und die größere Auflage würde das Blatt in den Stand setzen, mehr zu leisten. Die Verwaltungskosten würden auch nicht viel höher sein. Es ist so Vorzügliches auf dem Parteitage über die Agitation gesprochen worden, es gehöre Pulver, also Geld, dazu. Ja, wäre es da nicht besser, wenn wir ein gut fundirtes Blatt hätten? Die großen Zuschüsse brauchten dann nicht zu erfolgen.

Burgund-Breslau vertritt den Antrag Breslau, bezüglich der Preßcommissionen und bittet um dessen Annahme.

Feldmann-Langenbielau erklärt sich gegen den Antrag von Breslau, der einen Zustand wünsche, welcher schon bestehe. Der „Proletarier" werde von den Genossen sehr oft genau geprüft. Wenn nach dem Antrage von Arndt verfahren würde, so erreichte man in der That nicht das, was man sich davon verspricht. Die Verschmelzung der beiden Blätter hätte zur Folge, daß eine Schädigung unserer Sache in der Provinz überhaupt einträte.

Ein Antrag von Hirschberg findet nicht die Unterstützung. Zur Debatte kommt noch ein Antrag auf Beseitigung der Unterhaltungsbeilage des „Proletariers."

Bruhns-Breslau: Es giebt wohl kein Parteiblatt, das so verfolgt wird, wie die „Volkswacht": gegen 81 Processe in zwei Jahren, von denen 46 mit Verurtheilung und 35 mit Freisprechung endeten. Insgesammt wurde erkannt auf 1 Jahr, 7 Monate, 3 Wochen Gefängniß und 2375 M. Geldstrafe. Daher komme, daß die „Vw." einen so großen Vorschuß erforderte. Gegenüber den Stand unserer Blätter zu verschweigen sei nutzlos, da er ja ohnehin bekannt ist. Pflicht der Genossen ist es, angesichts der gegenwärtigen Verhältnisse Alles zu thun, was eine Vermehrung der Abonnenten herbeiführen kann. Es ist zu sagen, daß beide Parteiblätter zurückgegangen sind, eine bedauerliche Thatsache, die alle Genossen zu energischer Thätigkeit für die Presse anspornen muß. Der Antrag Brieg auf Verschmelzung der beiden Blätter kommt sechs bis sieben Jahre zu spät. Die bei der letzten Wahl in Schlesien abgegebenen 100,000 Stimmen sollten doch eine sichere Gewähr für die Existenz beider Blätter sein. Redner befürwortet den Antrag bezüglich der Preßcommissionen. Wenn man angesichts der vielen Tausende von socialistischen Stimmen immer wieder die Unterstützung der P[illegible]blätter Seitens des Parteiausschusses fordert, so stellt man [illegible] mit [illegible] Armuthzeugniß aus. Gewiß sind nicht [illegible] unsere schlesisch[illegible] [illegible]ndern auch viele andere Parteiblätter [illegible] so wie sie sein sollen, aber das ist nicht die Schuld der P[illegible]nen, die unausgesetzt für dieselben arbeiten, sondern derjenigen Genossen, die wohl immer von „Reorganisation" sprechen, aber selbst doch nichts thun, um die Presse zu heben.

Winkler-Liegnitz spricht über die Presse im Allgemeinen und meint u. A., daß nicht in allen Artikeln die Tendenz zum Ausdruck kommen brauche; das sollte vornehmlich nur vom Leitartikel zu sagen sein.

Mobring-Liegnitz: Die „Volkswacht" habe durch ihre Wandlungen nicht gewonnen. Man kann die „Volkswacht" in der Provinz nicht weit verbreiten, weil sie sich nicht der Provinz anzupassen vermag, wenn sie nicht die Breslauer Angelegenheiten vernachlässigen will.

Kühnel-Breslau: Die Agitation für die „Volkswacht" in Breslau wird immer fortgesetzt. Man muß auch in Betracht ziehen, daß Breslau einen schlechten Zuzug hat, dagegen einen guten Abgang, wodurch auch erklärt wird, daß man in Breslau nicht so gut vorwärts kommt.

Heckner-Breslau: Wenn der „Proletarier" besser besteht als die „Volkswacht", so liegt das wohl daran, daß man in Breslau eine zu große Concurrenz zu erleiden hat und es nicht möglich ist, auf die Masse in Versammlungen einzuwirken.

Feldmann-Langenbielau: Unsere Presse hat mit den Verhältnissen zu rechnen, aber dieselben sind in den einzelnen Orten nicht so grundverschieden. Es heißt eben immer nur agitiren: das wird auch Breslau vorwärts bringen. Das Unterhaltungsblatt des „Proletariers" ist nur durchaus nicht an's Herz gewachsen, aber die „Neue Welt" ist nun einmal ungeeignet für einen großen Theil der Leser des „Proletariers" und die Einführung derselben würde auch zur Folge haben, daß der „Proletarier" nicht einen kleinen Ueberschuß, sondern ein Deficit aufweise. Gegenüber den Ansichten des Genossen Winkler behaupte ich, daß unsere Tendenzen in allen Theilen der Parteiblätter zum Ausdruck kommen müsse, um unseren Lesern zu zeigen, wie es um unsere heutigen Gesellschaftszustände steht. Man verlangt alle möglichen Berichte in den Zeitungen, sendet aber selbst nichts Brauchbares ein.

Franke-Reichenbach: Die Sympathie in Reichenbach für die Breslauer ist durch verschiedene Vorkommnisse gefallen. Alle Beschlüsse nützen nichts, wenn nicht die Genossen für Ausführung derselben sorgen. Gerade mit dem Unterhaltungsblatt des „Proletarier" haben wir gute Erfolge erzielt.

Kräbig-Wüstegiersdorf: Die Agitation allein thut es nicht. Durch Schilderung der Lage der Arbeiter im „Proletarier" haben wir viele Abonnenten gewonnen; wir führten den Arbeitern ihre traurigen Erwerbsverhältnisse vor Augen und dadurch fühlten sie sich veranlaßt, ein Blatt zu lesen, das so ihre Interessen vertritt. Das sollte vor allem auch in der „Wahrheit" geschehen, die in Waldenburg stetig zurückgegangen ist.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Geiser-Breslau: Unsere Parteiblätter, so ist gesagt worden, seien mehr laufende Agitationsnummern und keine Zeitungen. Darin liegt viel Wahrheit. Daran sind aber die Verhältnisse schuld. Wenn in einer Redaction zwei oder drei Leute arbeiten, so ist es beim besten Wollen und Können nicht möglich, all die Aufgaben zu erfüllen, die zu erfüllen sind. Die Preßorgane, die etwas Ordentliches geleistet haben, besaßen und besitzen viel mehr Redacteure und Mitarbeiter. Mit der „Volkswacht" in ihrer jetzigen Gestalt erobern wir die Massen nicht, das kann nur ein großes Blatt. Ferner hält es Redner für nöthig, daß die „Volkswacht" Parteieigenthum wird.

Heimann-Breslau wendet sich gegen Geiser und behauptet, daß die „Volkswacht", wenn sie Parteieigenthum wäre, auch nicht anders aussähe als gegenwärtig. Im Uebrigen erklärt sich Redner gegen den Antrag Liegnitz. Unsere Parteiblätter haben alle geringeren Umfang, weil sie keine Inserate bekommen. Der „Proletarier" ist nur da verbreitet, wo früher die „Volkswacht" gelesen wurde und sein Ueberschuß, der ungefähr 2000 Mark jährlich betrage, resultire lediglich aus der Beilegung der „Lustigen Blätter".

Michaelis-Waldenburg spricht über seinen Antrag auf Beseitigung der „Lustigen Blätter" des „Proletariers", welche vielen Genossen seines Ortes nicht gefallen und er (Redner) ist der Meinung, daß der Verleger des „Proletariers" dafür sorgen müßte, daß hier eine Aenderung eintritt. Wenn die „Neue Welt" für die Leser der „Volkswacht" paßt, dann paßt sie wohl auch für die des „Proletariers". Redner möchte den Vorschlag machen, ob es nicht möglich sei, ein Unterhaltungsblatt für beide Blätter zu gründen, daß den Tendenzen der Arbeiterbewegung entspricht. Genosse Bruhns hat besonders die Provinzgenossen für den schlechten Stand der Presse verantwortlich gemacht. Aber die Genossen waren nicht unthätig. Dabei ist auch zu bedenken, daß die Concurrenz der „Berg- und Hüttenarbeiterzeitung" die von 300 Abonnenten auf 2000 im Kreise Waldenburg stieg, eine sehr große ist. In den Reihen der Breslauer Genossen sollte man auch Einkehr halten. Es bestehe Mißstimmung unter den Genossen gegen die Leiter der Presse und man hat tüchtige Leute einfach abgesägt. In den Schnapskneipen wird über die Verhältnisse derselben in gehässiger Weise gesprochen. Wenn dieses ein Ende nimmt, wird auch eine Aenderung zum Besseren eintreten.

Schütz-Breslau ist auch der Meinung, daß es vielleicht nicht immer nothwendig war, bei kleineren Processen Vertheidiger zu nehmen. Die Verwaltung sucht mit den Verhältnissen zu rechnen, während die Redaction oft hoch hinaus will. Es ist z. Z. Alles gethan worden für die Zeitung, aber die Folge davon und der Herabsetzung des Abonnementspreises war am Ende ein Rückgang. Mit dem „Vorwärts" ist man auch nicht zufrieden, trotzdem bei ihm mehr als 100,000 Mark für Redactionszwecke ausgegeben werden. In Zeitungsangelegenheiten spricht Jedermann mit, glaubt Jeder ein Recht dazu zu haben, und so muß es kommen, daß Mißstimmungen entstehen. Redner wendet sich gegen Kräbig, der behauptete, daß vor Allem auch wirthschaftliche Artikel in den Parteiblättern zu finden sein müssen. Die „Wahrheit" hat jahrelang solche Artikel aus sachmännischer Feder gebracht. Mit Beziehung auf Andeutungen Geisers bemerkt Redner, daß er sich nicht an den Verlag klammere. Geiser wünscht ein großes Weltblatt, das vieles leisten müsse. Gerade Geiser wäre vor Allem wohl berufen gewesen, recht thätig zu sein, insbesondere auf communalem Gebiete, das er zu bearbeiten sich vornahm, aber nicht durchführte. Die Einführung eines illustrirten Blattes für die beiden Parteiorgane hält Redner für unzweckmäßig.

Kühn-Langenbielau spricht zu dem Antrage auf Beseitigung des Unterhaltungsblattes des „Proletariers". Man muß sich doch, so meint Redner, nach der Decke strecken; in dem Moment, wo wir eine andere Beilage geben, können sie auch das Eingehen des „Proletariers" beschließen. Wenn irgend etwas der „Volkswacht" geschadet hat, so war es das fortwährende Operiren. Nirgends ist das Operiren unter Umständen gefährlicher als bei einem Zeitungsunternehmen. Aller Parteigenossen ernstes Streben sollte es doch sein, die Zahl der Blätter, die aus dem Parteisäckel unterstützt werden, zu verringern. Der Antrag Arndt-Brieg würde zur Folge haben, daß dann auch das eine Parteiblatt Zuschüsse erforderte. Die Breslauer Verhältnisse, die gegenseitigen Quertreibereien schädigen in erheblicher Weise und weil ich nicht absehen kann, wann es besser wird, würde ich es als denkbar schlimmsten Fehler betrachten, Breslau noch fester an die Provinz zu koppeln. Die Tagesausgabe der „Volkswacht" soll auf Breslau beschränkt bleiben und nicht in der Provinz verbreitet werden, was keinen finanziellen Nutzen bringt. Ich werde nächstens auch eine Abrechnung über den „Proletarier" bringen; bezüglich des Berichts der „Volkswacht" kann man nur sagen, daß durch ihn ein klares Bild über den Stand der „Volkswacht" nicht gegeben ist. Wenn immer verlangt wird, daß die Presse viel leisten soll und berichten, dann muß doch auch den Genossen ernstlich an's Herz gelegt werden, ebenfalls etwas für die Presse zu schreiben, überhaupt für sie zu arbeiten, rege zu agitiren und weniger im Innern zu kritisiren.

Persönlich wendet sich Geiser gegen Schütz und Schütz gegen Kühn.

Bei der Abstimmung wird folgender Antrag Breslau angenommen:

„Die Preßcommissionen beider Parteizeitungen der Provinz werden an den betreffenden Ausgabeorten gewählt und haben die Pflicht, auf dem Provinzial-Parteitage Bericht zu erstatten über den Stand der bez. Parteiblätter."

Der Antrag Liegnitz gelangt in seinem ersten Theil zur Annahme:

„Der Provinzial-Parteitag erkennt die Nothwendigkeit an, an, daß besonders für Breslau, im Weiteren aber auch für die Provinz, das Breslauer Parteiblatt bestehen bleiben muß."

Der Antrag Heider-Liegnitz, betr. Reorganisation der „Volkswacht" wird abgelehnt.

Ebenso der Antrag Michaelis-Waldenburg betr. Unterhaltungsblatt des „Proletariers" und der Antrag Arndt betr. die Verschmelzung beider Parteiblätter.

Unter „Verschiedenes" wird ohne Debatte folgender

Protest gegen die lex Recke

angenommen:

„Der am 6. Juni in Ober-Langenbielau versammelte Delegirtentag der Socialdemokratie von Schlesien und Posen protestirt mit aller Entschiedenheit gegen jede Verschlechterung des Vereins- und Versammlungsrechtes. Er erachtet es als ein natürliches Menschenrecht aller Staatsangehörigen beider Geschlechter, sich unbehindert, ohne Eingriffe irgendwelcher Behörde, versammeln und in Vereinen verbinden zu können, zur Wahrung ihrer Interessen.

Deshalb fordert der Delegirtentag statt der durch die Regierungsvorlage und die Anträge der conservativen Parteien des Landtages geplanten Vernichtung dieses natürlichen Rechtes, volle Freigabe desselben, wie es sich für ein fein wollendes Culturland am Ende des neunzehnten Jahrhunderts eigentlich von selbst versteht."

Die folgende, von Langenbielauer Genossen eingebrachte Resolution gelangt ebenfalls ohne Discussion einstimmig zur Annahme:

„Der Parteitag der Socialdemokratie für Schlesien und Posen protestirt dagegen, daß durch das bürgerliche Gesetzbuch die in Deutschland geltenden Gesindeordnungen nicht abgeschafft worden sind, und daß das Gesinde und die ländlichen Tagelöhner noch ferner unter diesen mittelalterlichen Ausnahmebestimmungen

leiden müssen. Der Parteitag fordert als einfachen Act der Cultur und Gerechtigkeit die Aufhebung der an Sklaverei mahnenden Bestimmungen, und die Unterstellung der Dienstboten und anderen ländlichen Arbeiter und Arbeiterinnen unter die Gewerbeordnung."

Ueber einen Antrag betr. Gründung von Naturheilanstalten wird zur Tagesordnung übergegangen.

Ferner kommt ein Glückwunschtelegramm aus Freiburg zur Verlesung.

Michaelis-Waldenburg begründet darauf einen Antrag, alle Jahre einen Parteitag abzuhalten, damit eine ständige Fühlung unter den Genossen besteht und die Agitation die nötbige Förderung erfährt. Fianke-Reichenbach kann sich diesen Ausführungen nicht anschließen, ebenso Mohring-Liegnitz.

Der Antrag Michaelis wird abgelehnt.

Thiel-Neustadt erklärt, daß er beauftragt sei, darüber eine Debatte hervorzurufen, ob in Rücksicht auf den Programmsatz: „Religion ist Privatsache", die Bestimmung im Statut des socialdemokratischen Vereins in Breslau, wonach verstorbenen Mitgliedern nur dann ein Kranz gewidmet wird, wenn ein Geistlicher an der Beerdigung nicht Theil nimmt, angebracht erscheint.

Bruhns-Breslau rechtfertigt diese Bestimmung, die mit dem Programmsatz nichts zu thun hat, sondern durch die Verhältnisse geboten war.

Mit der Einberufung des nächsten Parteitages wird der Bezirksvertrauensmann in Breslau beauftragt.

Bruhns-Breslau dankt den Langenbielauer Genossen für die Mühe und die freundliche Aufnahme und giebt der Erwartung Ausdruck, daß die Genossen allerorts mit Ernst und Eifer daran gehen werden, die Beschlüsse des Parteitages zu verwirklichen.

Die Verhandlungen des Parteitages wurden darauf um 9 Uhr Abends mit einem begeisterten Hoch auf die internationale Socialdemokratie geschlossen.

Die Gesangsabtheilung des socialdemokratischen Wahlvereins hatte in anerkennenswerther Weise vor Beginn der Verhandlungen und nach Schluß derselben einige Lieder freiheitlichen Inhalts zum Vortrag gebracht, die sehr beifällige Aufnahme fanden.

Provinzielle Rundschau.

Liegnitz, 9. Juni. Eine öffentliche Tabak-Arbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung, die am 4. Juni im „Gasthof zu den drei Bergen" stattfand, befaßte sich mit Vorkommnissen in der Richter'schen Cigarrenfabrik hierselbst. In dieser Fabrik ist vor Kurzem ein Ausstand ausgebrochen, weil die von den Arbeitern gestellten Forderungen: 1. einer zehnprocentigen Lohnerhöhung, 2. würdigeren Behandlung und 3. Gewährung desselben Quantums sogenannter Freicigarren an die Arbeiter wie in anderen Fabriken nicht erfüllt wurden. Die Zustände in jener Fabrik wurden dem „Liegnitzer Anzeiger" zufolge in einer einstimmig angenommenen Resolution als demoralisirend bezeichnet. Die Versammlung beschloß, in nächster Woche eine öffentliche Versammlung der Tabakarbeiter abzuhalten. In dieser Versammlung soll auch über die eventuelle Weiterführung des Ausstandes berathen werden.

Glogau, 9. Juni. Wie die polnischen Arbeiter behandelt werden. Der „Niederschl. Anz." schreibt: Die Pfingstfreude verbitterte so Manchem, der am ersten Feiertage vom Bahnhofe aus einen Pfingstausflug unternehmen wollte, ein trauriger Anblick, welchen eine Anzahl polnischer Arbeiterinnen und Arbeiter darboten, die auf ihren armseligen Bündeln auf dem Perron vor dem Wartesaal IV. Klasse kauerten. Es waren galizische Arbeiter (11 Frauen und ein männlicher Arbeiter), die sich in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag von dem Rittergute Ottendorf im Kreise Sprottau, wo sie in Arbeit gestanden, entfernt hatten und zu Fuß über Sprottau nach Glogau gekommen waren, um sich nach ihrer Heimath zu begeben. Dieselben hatten bereits Fahrkarten gelöst, um mit dem 10 Uhr 44 Min. Sonntags hier nach Breslau abgehenden Zuge die Heimreise anzutreten, als der Aufseher des Gutes, der die Aufsicht über die polnischen Arbeiter führt, erschien und mit Hilfe eines Polizeibeamten die Leute am Abfahren hinderte. Es entwickelten sich stürmische Scenen. Die Frauen weinten und wehklagten in herzzerbrechender Weise; ein [illegible] Arbeitermädchen hatte sich in ein Coupee [illegible] geflüchtet, wurde aber entdeckt und auf den Perron geholt. Das Publikum nahm energisch für die Arbeiter Partei und belegte den Aufseher mit nicht gerade schmeichelhaften Ausdrücken. Die polnischen Arbeiter blieben nun auf dem Perron, wo sie von dichten Schaaren Theilnehmender umringt wurden. Da die Leute der Deutschen völlig unkundig waren, war eine Verständigung mit ihnen schwer. Sie erzählten unter Thränen und Klagen, daß sie aus dem Kreise Krakau in Galizien stammen und durch den Aufseher sich auf das Rittergut Ottendorf verdungen hätten. Hier aber seien die Bedingungen ihres Contractes nicht innegehalten worden, das Essen sei von sehr schlechter Beschaffenheit gewesen, der Kaffee, der ihnen geliefert wurde, sei nicht trinkbar gewesen, und das Essen sei ihnen in einer Beschaffenheit auf das Feld gebracht worden, wie man es den Schweinen nicht zu bieten wage. Ferner hätten sie unter einer schlechten Behandlung sehr zu leiden gehabt und seien vielfach geschlagen worden. Auch seien ihnen Abzüge in Bezug auf das Essen und die Caution gemacht worden, die in dem Contract nicht ausgemacht wären. Im Ganzen hätten sich 24 galizische Arbeiter, 13 Männer und 11 Frauen für das Gut anwerben lassen. 10 Männer seien aber bereits früher davongelaufen, während 2 Männer von der Gutsherrschaft weggeschickt wurden. Die übrig bleibenden 11 Frauen und 1 Mann hatten bereits vor 3 Wochen Ottendorf verlassen und sich nach dem Bahnhof Waltersdorf begeben, sie seien jedoch mit Hilfe zweier Gendarmen nach dem Hofe zurückgebracht worden. Sie wollten alles dulden, die schwersten Arbeiten vollführen, aber nimmermehr nach dem Gute zurückkehren. Der Aufseher erklärte einem Vertreter unseres Blattes gegenüber, daß die Abzüge von dem wöchentlichen Verdienste von 6 Mark 1 Mark für Caution und 50 Pfennige für das Essen betragen haben. Auf die Vorhaltung, daß die Arbeiter sich über schlechte Behandlung beschweren, erwiderte der Aufseher, wer Schläge verdient habe, habe Schläge erhalten. Früher hatten sich 68 Arbeiter auf dem Gute befunden, darunter 44 aus Russisch-Polen und 24 aus Galizien. Während von den ersteren Niemand sich entfernt habe, wollten die Letzteren nicht bleiben, weil sie von den russisch-polnischen Arbeitern aufgestachelt wurden, die nach Entfernung der galizischen Arbeiter höhere Löhne zu erzielen hofften. Dem Verlangen des Aufsehers, die Arbeiter zu verhaften, wurde seitens der hiesigen Polizeiverwaltung mit Recht nicht entsprochen, da kein Haftbefehl vorlag. So konnten die Arbeiter mit dem Nachmittags 2,50 Uhr nach Breslau gehenden Zuge ungehindert ihre Heimreise antreten.

Königshütte, 8. Juni. Ueberfahren. Ein Unglücksfall ereignete sich, wie die „Oberschl. Volksst." berichtet, gestern Nachmittag in der Nähe des alten Marktes zu Königshütte. Ein Mädchen, das anscheinend nach Beuthen reisen wollte und der Meinung gewesen ist, daß es in einen falschen Zug eingestiegen sei, sprang aus dem Zuge heraus, blieb unglücklicherweise an den Kleidern hängen, gerieth unter die Räder und wurde derart verletzt, daß es auf der Stelle todt war. Die Verunglückte, welche 23 Jahre alt ist, führte ein Dienstbuch, auf den Namen Gertrud Nowak aus Strine lautend, bei sich.

W. **Kattowitz**, 9. Juni. In Folge der in den letzten Jahren so zahlreich gewordenen Unglücksfälle in den Kohlengruben hat der Handelsminister beschlossen, in den Kohlenbezirken Preußens Commissionen Sachverständiger zu berufen, welche die Ursachen der Unglücksfälle feststellen und Vorschläge zu ihrer Verhütung machen sollen. In diesen Commissionen sollen auch Arbeiter vertreten sein. Die letzte Bemerkung berechtigt allerdings zu Zweifeln an der Wahrheit der ganzen Nachricht.

-t- **Myslowitz**, 9. Juni. Jetzt erst wird hier bekannt, daß auch in Russischen auf den Kohlengruben gestreikt worden ist und wahrscheinlich noch jetzt gestreikt wird. Besonders die Umgegend von Bendzin an der russischen Grenze kommt in Betracht. Die dortigen russischen Großindustriellen verlangen von der Regierung mehr Militär in den Grenzdistrikten zu garnisoniren, sie wollen sogar, da das Petersburger Kriegsministerium nicht sofort einwilligt, selbstständig Kasernen bauen und diese dem Kriegsministerium für den Miethzins von 10 [illegible] Rubel überlassen.

-t- **Roszin**, 9. Juni. Die Erdsenkungen schreiten weiter fort; sie bedrohen jetzt besonders den Naturkuß, dessen Bett schon vorher im Mittelen [illegible] gezogen worden war, durch neue und breite Sprünge im Flußbett stürzten große Wassermassen in die Tiefe. Gegenwärtig hat der Fluß durch die Senkung einer bedeutenden Strecke und die dadurch hervorgerufene Stauung des Wassers eine bedeutende Ueberschwemmung herbeigeführt. Es wird jetzt allgemein behauptet, daß die ungenügende Aufsicht über die unter den Dörfern Roszin und [illegible] liegende „Kurmarkgrube" die Hauptschuld an dem ganzen Unglück trägt. Die Bergpolizei übt auf diesem Terrain der Bergbaubergewerks [illegible], sie wäre also jedenfalls noch mangelhafter, als die der Königl. Bergbehörden, die ja auch nur alle drei Monate die Gruben durch Markscheider untersuchen lassen.

Posen, 8. Juni. In Folge Verkennung eigenartiger Umstände geriethen am ersten Feiertage zwei Kinder eines hiesigen Kaufmanns in große Gefahr. Sanitätsrath Dr. Hirschberg hatte den beiden an Husten leidenden Kindern eine Arzenei verschrieben, die in einer hiesigen Apotheke am Wilhelmsplatz angefertigt wurde. Der Zufall wollte es nun, daß in derselben Apotheke zur selben Zeit für eine kranke Kaufmannsfrau gleichen Namens Morphium zubereitet worden war, das durch ein Versehen in die Familie des ersteren Kaufmanns gerieth und den Kindern gereicht wurde. Glücklicher Weise wurde das Versehen dem „Pos. Tgbl." zufolge sofort in der Apotheke selbst bemerkt und unter schleuniger Hinzuziehung mehrerer Aerzte jede schlimme Folge der bedauerlichen Verwechselung von den Kindern, die jetzt wieder außer Gefahr sind, ferngehalten.

-e. **Rawitsch**, 9 Juni. Berichtigung. Der Pionier Klein von der 1. Compagnie des Spandauer 3. Pionierbataillons ist nicht, wie gestern mitgetheilt, desertirt, sondern hat seinen Urlaub nur überschritten und sich jetzt selbst gemeldet.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 10. Juni. Gestern Abend fanden hier 36 von den Gewerkschaften veranstaltete Versammlungen gegen die Vereinsgesetznovelle statt. Es wurde folgende Resolution angenommen: Die Versammlung erblickt in dem Versuch der preußischen Regierung, das Vereins- und Versammlungsrecht durch die Novelle zum Vereinsgesetz weiter einzuschränken, eine schwere Zurücksetzung des Arbeiterstandes in der Ausübung seiner politischen Rechte. Wir fordern eine freie ungehinderte Ausübung des Versammlungs- und Vereinsrechtes für beide Geschlechter. Im Uebrigen erblickt die Gewerkschaft in der rechtlosen Stellung aller Minderjährigen, wie sie auch in den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses beibehalten wurde, eine vollständig unberechtigte Zurücksetzung eines großen Theiles des Arbeiterstandes, der vermöge seiner socialen Stellung die Vertretung seiner Interessen in Gemeinschaft mit den übrigen Berufsangehörigen fordern muß.

Wiesbaden, 10. Juni. Die gestrige Reichstagswahl [illegible] folgendes Resultat:

Wintermeyer (freis. Volksp.) erhielt 5896, Fugger (Centrum) 5303, Quarck (Soc.) 5048, Bartling (natlb.) 260[illegible] Stimmen. Einige kleine Orte fehlen noch. Es ist Stichwahl zwischen Wintermeyer und Fugger erforderlich. — Im Jahre 1893 erhielten im ersten Wahlgange die Freisinnige Vereinigung 6289, die Socialdemokraten 6253 Stimmen, die Freisinnige Volkspartei 4895 Stimmen. In der Stichwahl siegte der Candidat der von allen bürgerlichen Parteien unterstützten Freisinnigen Vereinigung, Koepp, mit 11 870 Stimmen über den Socialdemokraten Fleischmann der 9566 Stimmen erhielt.

Wien, 9. Juni. Im Gemeinderath kam es zu Lärmscenen. Die Liberalen bezeichneten eine vom Bürgermeister Dr. Lueger vorgenommene Abstimmung als gefälscht, lärmten, schlugen auf die Pulte und verließen schließlich den Saal. Sie übersandten dem Statthalter einen Protest.

Standesamtliche Nachrichten.

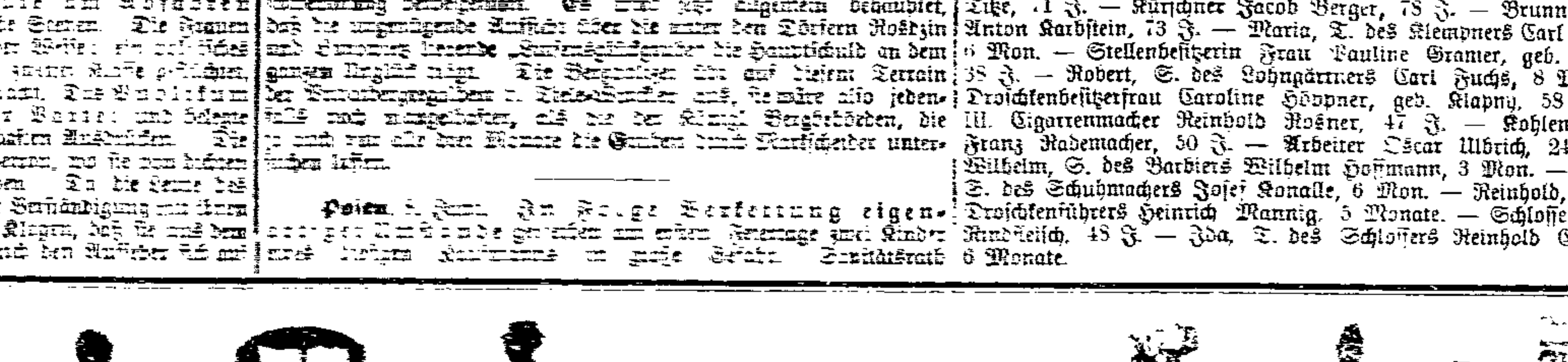
Vom 9. Juni.

Todesfälle. I. Schiffseignerfrau Pauline Scholz, geb. Lange, 39 J. — Tischlerwittwe Henriette Mausch, geb. Neumann, 79 J. — Gustav, S. des Arbeiters August Peuckert, 6 Mon. — Zimmermeisterwittwe Bertha Probst, geb. Kirch, 57 J. — Handelsmann Hermann Braun, 66 J. — Bürstenfabrikant Christian Möhle, 84 J. — Alfred, Sohn des Arbeiters Oscar Beßler, 2 Mon. — Colporteur Franz Schmidt, 39 J. — Arbeiterwittwe Ottilie Döring, geb. Pfollmann, 71 J. — Arbeiterfrau Ella Sommer, geb. Hoppe, 19 J. — Bürstenmacher Ernst Drescher, 30 J. — Schlosser Adolf Recke, 62 J. — Müllermeisterwittwe Anna Sogawe, geb. Heuder, 74 J. — Erich, S. des Eisendrehers Carl Stupin, 6 J. — Milchhändlerfrau Auguste Wiesner, geb. Scholz, 67 J. — Frieda, T. d. Schmieds Josef Galke, 6 J. — Juwelierfrau Pauline Wagener, geb. Dobers, 68 J. — Cantorfrau Bertha Dresdner, geb. Wiener, 70 J. — II. Clara, T. des Bäckermeisters Oscar Schilling, 1 Tag. — Emma, T. des Arbeiters Julius Biol, 8 Mon. — Max, S. d. Barbiers Paul Ilgner, 4 Mon. — Früherer Handelsgärtner Josef Titze, 71 J. — Kürschner Jacob Berger, 78 J. — Brunnenbauer Anton Karbstein, 73 J. — Maria, T. des Klempners Carl Glatt, 6 Mon. — Stellenbesitzerin Frau Pauline Gramer, geb. Ullrich, 38 J. — Robert, S. des Lohngärtners Carl Fuchs, 8 Mon. — Droschkenbesitzerfrau Caroline Höppner, geb. Klapny, 58 J. — III. Cigarrenmacher Reinhold Rosner, 47 J. — Kohlenarbeiter Franz Rademacher, 50 J. — Arbeiter Oscar Ullrich, 24 J. — Wilhelm, S. des Barbiers Wilhelm Hoffmann, 3 Mon. — Franz, S. des Schuhmachers Josef Konalle, 6 Mon. — Reinhold, S. des Droschkenführers Heinrich Mannig, 5 Monate. — Schlosser Adolf Rindfleisch, 48 J. — Ida, T. des Schlossers Reinhold Güttner, 6 Monate.

Lobe-Theater.
Donnerstag:
Die Mütter.
Hierauf:
Jephta's Tochter.
Freitag:
Der Militärstaat.

Meine bekannt hochfeine
Molkerei-Tafel-Butter
täglich frisch, kostet jetzt nur
das Pfund 1 Mark
Molkerei-Niederlage Ring 3
C. Mischke.
(Filialen werden nicht unterhalten.)

Grosser Umsatz! Kleiner Verdienst!



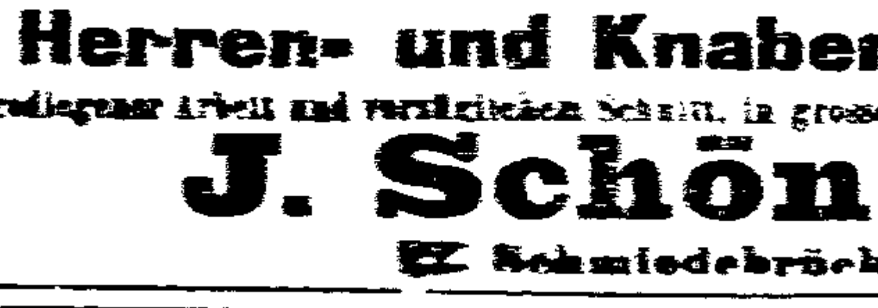
Herren- und Knaben-Garderobe
[illegible] Stoffen, gediegener Arbeit und verschiedenem Schnitt, in grosser Auswahl, liefert bei streng reeller und billigster Bedienung
Zur silbernen 19.
J. Schönfeld,
Schmiedebrücke 2[illegible]
Zur silbernen 19.

Grosser Umsatz, kleiner Verdienst!

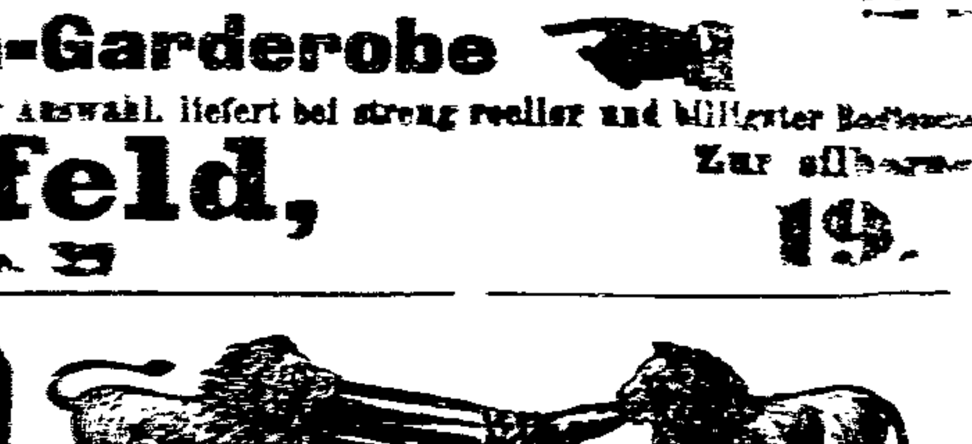
Werkführer für Filz-Hüte.
Für meine Damen-Filzhutfabrik suche ich einen intelligenten ersten Filzhutarbeiter als Werkführer bei hohem Lohn. Derselbe muß die Filzhutfabrikation aus dem Fundament kennen und zur selbstständigen Leitung der Fabrik befähigt sein.
Aberl. a. Rudolf Mosse, Berlin SW., sub J. C. 4001.

Zähne ganze Gebisse (auch ohne Gaumen.) Plomben. Zahnschmerz beseitigt. Völlig schmerzloses Zahnziehen mit ärztl. Assistenz mit Chloroform, Aethyl-Chlorid u. Reparaturen sofort
W. Drager, Breslau, Matthiasstr. 4. [illegible]

[illegible] Die
Volksausgabe
Socialismus u. sociale Bewegung im neunzehnten Jahrhundert
von
Werner Sombart,
Professor an der Universität Breslau.
Preis 50 Pf.
Zu beziehen durch die
Expedition dieser Zeitung.



„Enorme Auswahl"
Schuhe [illegible] 3,50.
Schuhe [illegible]
Schuhe [illegible]
Schuhe [illegible] 1,50.
Neu! Schuhwerk für empfindliche Füße. Neu!
Ludwig Herz, Blücherplatz 4.



Herren-Stiefeln und Gamaschen von 6 Mk. an.
Kropf-Stiefeln mit und ohne Falten von 9 Mk. an. 2244
A. Hanisch, Neumarkt Nr. 3.

Herren- und Knaben-Garderobe
sowie sämmtliche Arbeitersachen empfiehlt am billigsten
E. Liedecke, Stockgasse 30.

Achtung! Tabakarbeiter!
Montag, den 14. Juni 1897, Abends 8 Uhr,
findet im „Ballhof", Schießwerderplatz Nr. 12 eine
öffentliche
Tabakarbeiter- u. Arbeiterinnen-Versammlung
statt.
Tagesordnung: 1. Die Vereins-Gesetz-Novelle. Referent: Genosse Bruhns. 2. Discussion. 3. Wahl der Delegirten zum Gewerkschafts-Cartell.
Pflicht eines jeden Tabakarbeiters ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. 2271

Verantwortlicher Redacteur: Emil Kaufisch. — [illegible]

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6 durch die Post und durch Colporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2,50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 7269.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkthätige Bevölkerung.

Mit der illustrirten Beilage „Die Neue Welt“.

Insertionsgebühr beträgt für die achtspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr a. d. Expedition abgegeben werden.

Nr. 132 — Donnerstag, den 10. Juni 1897. — 8. Jahrgang.

Bebels Abwehr.

Zum Tausch-Proceß erläßt Genosse Bebel im „Vorwärts“ folgende „Erklärung und Zurückweisung“:

„Herr Oberstaatsanwalt Drescher hat, nach dem Bericht des „Vorwärts“, in seiner Anklagerede gegen von Tausch auch meine Person erwähnt und die Gründe angegeben, warum er mich in diesem Proceß als Zeuge habe vorladen lassen.

Unter den vielen Seltsamkeiten, die in diesem Proceß seitens der öffentlichen Anklage wie der Hauptbetheiligten zu Tage getreten sind und das Kopfschütteln der Draußenstehenden hervorriefen, ist die Aeußerung des Oberstaatsanwalts gegen mich eine der seltsamsten.

Bisher habe ich angenommen, daß der Zeuge, der zu schwören hat: daß er die reine Wahrheit sagen, nichts hinzufügen und nichts verschweigen werde, auf diesen Eid hin verpflichtet sei, nur das zu sagen, was er positiv weiß und wofür er die Beweise in Händen hat, oder, wie ich, in Händen gehabt hat; daß es ihm aber nicht zustehe, die von ihm aus den ihm bekannt gewordenen Thatsachen und Indizien gezogenen Combinationen und Schlüsse seinem Zeugniß einzuverleiben.

Was mir als Volksvertreter und Politiker zusteht, was ich als solcher zu thun verpflichtet bin, das steht mir als Zeuge nicht zu, und so habe ich auch in meiner Zeugenaussage mich darauf beschränkt, das zu sagen, was ich wirklich wußte und mit gutem Gewissen auf meinen Eid nehmen konnte, und ich habe deshalb dem Versuche der Anklage wie der Vertheidigung widerstanden, von mir auch Vermuthungen und Combinationen zu hören.

Aus dem Verhalten des Herrn Präsidenten des Gerichtshofes anderen Zeugen gegenüber, die versuchten Combinationen und Urtheile in ihre Zeugenaussagen einzuflechten, habe ich ersehen, daß ich nach seiner Auffassung durchaus correct gehandelt habe.

Um so auffälliger ist daher das Verfahren des Oberstaatsanwalts, der in seiner Anklagerede, die er doch gegen v. Tausch und nicht gegen mich zu richten hatte, erklärt: „er habe mich nur laden lassen, damit die Geschworenen sich ein Bild machen könnten, wie anders die Situation eines Mannes sei, der auf der Parlamentstribüne eine öffentliche Angelegenheit zum Vortrag bringt, und die Situation eines Mannes, der vor der Barre des Gerichts stehe“, und er schloß damit, daß er meine Aussagen als „Vermuthungen, nichts als Vermuthungen!“ bezeichnete.

Ich wiederhole, ich habe nicht Vermuthungen, sondern nur bekannte Thatsachen beschworen und muß deshalb das citirte Urtheil des Oberstaatsanwalts über meine Aussage als falsch, unberechtigt und ungehörig auf das schärfste zurückweisen. Sicher ist es auch eben so neu als seltsam, daß ein Staatsanwalt einen Abgeordneten als Zeugen laden läßt, um dessen Reichstagsrede zum Gegenstand einer Kritik zu machen, die einer Vertheidigung des Angeklagten gleicht wie ein Ei dem anderen. Was in meinen Ausführungen in der hier in Frage kommenden Reichstagsrede sich auf Thatsachen stützte, was Combination und Schlußfolgerung war, darüber konnte der Oberstaatsanwalt ebensowenig im Zweifel sein, wie es der Untersuchungsrichter war, dem ich zuerst darüber Rede und Antwort zu stehen hatte, und dessen Niederschrift der Oberstaatsanwalt kannte. Die Art, wie der Herr Oberstaatsanwalt Drescher mein Zeugniß und meine Reichstagsrede zu Gunsten des Angeklagten v. Tausch verwerthete, ohne daß ich darauf sofort gebührend antworten konnte, ist jedenfalls ein Unikum in der staatsanwaltschaftlichen Kampfesweise.

Jedenfalls habe ich und gewiß ich nicht allein in diesem Proceß die Auffassung gewonnen, daß doch ein Unterschied zu bestehen scheint, ob ein Polizeicommissar auf der Anklagebank sitzt, welcher der gemeinsten Verbrechen beschuldigt wird, und der, wie immer das Urtheil der Geschworenen über ihn ausgefallen sein mag, für eine amtliche Stellung als Stütze im Kampfe für Religion, Sitte und Ordnung für immer unmöglich ist, oder ein Socialdemokrat, mag dieser auch in Vertretung seiner ehrlichen Ueberzeugung und in der Begeisterung für seine Sache auf der Anklagebank erscheinen.

A. Bebel.“

Politische Rundschau.

— Ueber die Socialdemokratie bei den Landtagswahlen leitartikelt die „Vossische Zeitung“. Nur eine Stelle des Artikels veranlaßt uns zu einer Bemerkung. Die „Vossische Zeitung“ schreibt:

„Da die freisinnige Volkspartei bei der letzten Landtagswahl nur vierzehn, die freisinnige Vereinigung nur sechs Sitze erlangte, so müßte die Gefährdung dieser Mandate durch die Socialdemokratie der Linken empfindlich werden. Aber mehr als aufgewogen könnte dieser Nachtheil in den großen Städten durch die Vortheile in den kleineren Städten und auf dem flachen Lande werden, wenn allenthalben die Socialdemokratie in den Wahlkampf einträte und ihre Anhänger aufböte, um jedenfalls Wahlmänner durchzubringen, die gegen das Junkerthum stimmen. Die Macht der conservativen Partei könnte um so eher gebrochen werden, je weniger ausgeprägt die socialdemokratische Parteistellung der Wahlmänner zu sein brauchte. Es könnte auch der Socialdemokratie nicht darauf ankommen, ausschließlich namhafte Mitglieder ihrer Partei zu Wahlmännern zu machen, sondern Personen, die das Vertrauen genießen und verdienen, daß sie nur einem Candidaten die Stimme für das Abgeordnetenhaus geben werden, der alle rückschrittlichen Gesetzesvorschläge abzuweisen sich verpflichtet.“

Der „Vorwärts“ bemerkt treffend dazu: Die Frage unserer Betheiligung wird von dem Parteitag entschieden werden. Aber in einer Beziehung besteht innerhalb unserer Partei keine Meinungsverschiedenheit: Wo immer wir Candidaten aufstellen, werden es nur solche sein, die durchaus auf dem Boden des socialdemokratischen Programms stehen. Es giebt keinerlei taktische Gründe, welche uns dazu veranlassen könnten, Candidaten mit einer „weniger ausgeprägten socialdemokratischen Parteistellung“ herauszusuchen. Wenn die Partei beschließt, sich an der preußischen Landtagswahl zu betheiligen, so thut sie es in erster Linie, um socialdemokratische Propaganda zu treiben. Hierüber mögen sich die bürgerlichen Oppositionellen nur keinen Täuschungen hingeben.

— Kommt eine neue Marinevorlage? Ueber diese Frage spintisirt und fabulirt die Presse allerlei. Jeden Tag wird die Frage anders beantwortet. Einer sagt: Sie kommt bald, im Nachtragsetat. Der andere: Sie kommt erst im Herbst. Einer wieder sagt: Es werden „nur“ die zwei vom Reichstag abgelehnten Kreuzer nochmals gefordert werden. Der andere: Es wird eine „große Vorlage“ werden. Sicher ist etwas im Werke. Tirpitz ist da. Nicht umsonst hat man nach dem ablehnenden Votum des Reichstages fortwährend und mit stets vermehrtem Nachdruck für die „Nothwendigkeit“ einer großen Flottenvermehrung gesprochen und geschrieben. Nicht umsonst hat man des Kaisers neue Tabellen „Einst und Jetzt“ der Mitwelt vermacht. Wann und in welchem Umfange die neue Vorlage kommt, ist nicht zu sagen. In den Zeitläuften des Zickzackkurses ist nichts sicher. Aber sicher ist, daß die Vorlage kommt und daß sie sehr groß sein wird. Die „Weltmachtpolitik“ kann nicht mit bescheidenen Forderungen auftreten. Sie geht „ins Große.“ Jeder Tag also kann die Erneuerung des Kampfes bringen, des Kampfes zwischen den See-Abenteurern und denen, welche Deutschland vor Zettelungen an allen Ecken der Erde bewahren und dafür im Lande selbst wirken und cultiviren wollen. Der schwanken Welle des Meeres ist Contreadmiral Tirpitz Herr geworden. Mit des deutschen Volkes festem Willen wird er nicht fertig werden!

— Das Herrenhaus gedenkt am 24. d. Mts. die Berathung der Vereinsgesetz-Novelle zu beginnen und am 30. d. Mts. die Schlußberathung vorzunehmen. Es ist anzunehmen, daß das Herrenhaus die freiconservativen Anträge aus dem Abgeordnetenhause — „kleines Socialistengesetz“ wieder aufnehmen wird. Man spricht von einer noch „klareren Formulirung“, d. h. der Entwurf soll so gefaßt werden, daß er lediglich gegen die Socialdemokratie gerichtet und alle Befürchtungen anderer Parteien für die eigene Haut beseitigt werden!

— Gegen den Ausschluß der Frauen aus politischen Vereinen und Versammlungen wendet sich der „Bund der deutschen Frauenvereine“. Er will eine Petition an den Reichstag senden, in der den bekannten Beschlüssen des Abgeordnetenhauses entgegengetreten und der Reichstag aufgefordert wird, dahin zu wirken, daß das Vereinswesen durch Reichsgesetz geregelt werde.

— Weibliche Fabrikinspectoren. In dem Staatshauptvoranschlage der Finanzperiode 1897/1900 für das Großherzogthum Hessen sind die Mittel für zwei weibliche Assistentinnen der Fabrikinspectoren eingesetzt. Dieselben werden den Beamten der beiden in Hessen bestehenden Aufsichtsbehörden unterstellt. Die Aufsichtsbefugniß der Assistentinnen sollen sich einstweilen nur auf ganz specielle, die Frauenarbeit berührende Gebiete und solche Betriebe, in denen ausschließlich Arbeiterinnen beschäftigt sind, beziehen. Trotz dieser Beschränkungen bleibt doch die Thatsache beachtenswerth, daß Hessen die ersten weiblichen Aufsichtsbeamten in ganz Deutschland anstellen wird. Welche Personen ausersehen sind, über diese wichtige Frage wird noch nichts mitgetheilt.

Italien.

Zum Crispi-Scandal veröffentlicht die „Gazetta Piemontese“ eine Unterredung mit einem hohen Bologneser Justizbeamten. Derselbe versicherte auf das Bestimmteste, daß die Gerichtsbehörde sich unter keinen Umständen bestimmen lassen werde, das Verfahren gegen Crispi einzustellen. Die Anklagen gegen Crispi umfassen drei Gruppen, erstens Vergehen, die Crispi unter Mißbrauch seines Amtes als Minister begangen habe, zweitens gemeine Vergehen, die er während seiner Ministerzeit verübt, drittens gemeine Vergehen, die er begangen hat, während er Privatmann, das heißt Nichtminister war. Für die letzten beiden Punkte werde das gewöhnliche Tribunal, für den Punkt 1 jedoch der Senat zuständig sein. Der Gewährsmann des Turiner Blattes erzählt weiter, das Gericht habe soeben Indicien erhalten, daß Crispi von der Bank von Neapel große

---

Helene.

Roman in drei Büchern von Minna Kautsky.

75] — — Nachdruck verboten.

Aber sie war nicht nur gut, auch tapfer war sie. Diese kleine Person schien jeder Anstrengung gewachsen zu sein, und ihre Ruhe und Zuversicht wirkte auf Alle ermuthigend und belebend.

Mancher Bursche, der sich vor der Amputation fürchtete, wollte nur dann seine Zustimmung geben, wenn das „gute Fräulein“ an seiner Seite blieb.

Sie sagte immer zu und hielt getreulich aus

Sie konnte Blut sehen; es war oft, als wolle sie sich mit den schrecklichsten Dingen vertraut machen, um zu lernen, ihre Kaltblütigkeit zu bewahren und ihre Nerven in Ordnung zu halten.

Von sich sprach sie nie. Weder ihre Kranken, noch ihre Vorgesetzten hatten eine Ahnung von ihrem inneren Wesen.

Mit ihrem schwächlichen, fast kindischen Aeußeren, ihrem silberhellen Lachen erschien sie durchaus harmlos; aber aus ihren dunklen Augen sprach oft ein tiefes Weh, und die Falte, die sich zwischen den starken Brauen gebildet hatte, deutete auf harte, noch nicht überwundene Kämpfe. — —

Tania Michailowna hatte in Petersburg studirt. Ganz schüchtern hatte sie sich in ihren Professor verliebt, kaum, daß, sie sich's selbst gestand. Aber bald brach wie ein Sonnenstrahl in ihr junges Leben die Gewißheit, daß auch er sie lieb hatte.

Eugen Wassili Kolomin war jung, wohlgebildet und von seltenen Geistesgaben. Voll Feuer den neuen Ideen zugethan, hatte er sich der Bewegung angeschlossen, und sich zugeschworen, mitzuhelfen, um Volk und Vaterland zu befreien. Seine Absicht, die Geliebte seiner Gedankenwelt und seinen idealen Bestrebungen näher zu bringen, verlieh ihren Zusammenkünften etwas Poetisches und Zartes, das sie Beide erhob.

Es war eine schöne, glückliche Zeit gewesen, wo sie zusammensaßen, Schulter an Schulter geschmiegt, miteinander den Roman Tschernischewsky's lesend. Dieser war das Evangelium der gesammten russischen Jugend geworden, er hatte auch sie begeistert und ihnen eine neue Welt enthüllt, mit neuen Wahrheiten und neuen Menschen.

Sie selbst zählten zu diesen. Auch sie hatten sich in freier Neigung verbunden, im Gefühl ihrer innerlichen Zusammengehörigkeit, ohne nach etwas Anderem zu fragen.

Sie waren zusammengezogen und lebten in ehelicher Gemeinschaft. In ihren Herzen entfaltete sich Blüthe und Duft der ersten Liebe — um sie herum wüthete immer erbarmungsloser der weiße Schrecken.

Er zwang den Enthusiasten, die für die politische Freiheit kämpften, die gleiche Kampfesweise auf.

Bei Michael Karzow, Nataliens Vater, pflegten die Propagandisten heimlich zusammenzukommen.

Karzow war ein Mann von Ansehen, in hoher gesellschaftlicher Stellung, und obgleich er seit Jahren in der Bewegung stand, war dies doch nicht offenkundig geworden, und man mochte sich in seinem Hause immerhin sicher fühlen. Es war an einem Sommerabend, als Eugen seinen Hut nahm, um sich dahin zu begeben.

Lachend küßte er seine Frau wiederholt zum Abschied, und sie schlang ihre Arme um seinen Hals, und sah ihm voll übermüthigen Glückes in die Augen.

Er ging — — noch vom Fenster aus winkte sie ihm zu — sie sollte ihn nicht mehr wiedersehen.

Die Polizei war nächtlicher Weise bei Karzow eingedrungen und hatte sämmtliche Anwesende verhaftet. Dodukoff's Geliebte, die jugendliche Natalie Michailowna theilte, als der Mitschuld verdächtig, das Schicksal der Anderen. Tania erfuhr es am nächsten Morgen

Michael Karzow und seine Genossen waren in die Peter Pauls-Festung gebracht worden, wo sie für die Zeit ihrer Untersuchung eingeschlossen blieben — noch nicht verurtheilt und doch schon als die schlimmsten Verbrecher behandelt.

In diesem fürchterlichen Gefängniß, der Bastille Rußlands, blieben sie von der Außenwelt vollständig abgesperrt. Keine Kunde drang aus diesen gewaltigen Mauern heraus, kein Schrei der Verzweiflung. Sie durften Niemanden sehen, und Briefe gelangten nur selten zu ihnen, da man chiffrirte Mittheilungen fürchtete.

Sie selbst bekamen weder Bücher, noch Schreibmaterial, aber sie hätten auch gar nicht versucht, an ihre Freunde zu schreiben; genügte es doch, mit ihnen in Verbindung zu stehen, um verdächtigt und ohne Anklage, ohne Gerichtshof und Urtheil auf administrativem Wege nach Sibirien verbannt zu werden.

Tania vermochte das Gräßliche nicht zu fassen. Sie war halb wahnsinnig, und ihre Freunde fürchteten mit Recht, daß sie in der Exaltation des Schmerzes und im Gefühl ihrer gänzlichen Ohnmacht ihrem Leben ein Ende machen würde.

Sie suchten sie daher nach Möglichkeit zu beruhigen und Hoffnungen in ihr zu erwecken, die sie selbst keineswegs theilten.

Sie wußten nur zu gut, daß jeder Gebildete, der in Rußland der Polizei in die Hände fiel, ob unschuldig oder nicht, so gut wie verloren war, ihr aber suchten sie einzureden, daß die Untersuchung kaum ein belastendes Material für Eugen ergeben werde, und die Gerichte ihn daher freisprechen würden. Aber sie müsse sich ruhig verhalten, sonst würde sie Alles verderben. Und das arme Weib suchte ihren Schmerz zu bezwingen und im Hinblick auf Nataliens Noth den ihrigen aufzurichten.

(Fortsetzung folgt.)

Summen entnahm, um damit einem Mitgliede seiner Familie Geschenke zu machen, aber nicht nur die Banken, sondern auch viele Privatleute hätten Crispi mit Geldmitteln ausgeholfen, wofür dieser ihre Sonderinteressen protegirt habe.

Spanien.

Anarchisten-Ausweisung. Die in Folge des Bombenattentats von der Cambiosstraße in Barcelona verhafteten Anarchisten, welche in dem großen Anarchistenproceß freigesprochen wurden, wurden am 3. d. Mts. aufgefordert, Spanien binnen drei Tagen zu verlassen. Die meisten von ihnen erklärten, daß sie nach Frankreich gehen wollen, und einige nach Argentinien, Nordamerika, Brasilien, Tunis, Algier und England. Einer von ihnen sagte mit Humor, er wünsche als Oberbefehlshaber nach Cuba geschickt zu werden, um dort die Reformen einzuführen. Alle weigerten sich, das Ausweisungsprotokoll zu unterzeichnen.

Schweden.

Der skandinavische Socialisten- und Gewerkschaftscongreß, welcher vom 19. bis 21. Juli in Stockholm tagen wird, hat eine sehr hohe Bedeutung. Die Bewohner der drei skandinavischen Staaten: Dänemark mit Island, Schweden und Norwegen gehören nicht nur einer Völkerfamilie an, sondern sind ganz nahe Stammesverwandte, und die schwedische, dänische und norwegische Sprache sind weniger voneinander verschieden als Hochdeutsch und Plattdeutsch, so daß die gegenseitige Verständigung nicht schwer fällt. Die drei skandinavischen Länder waren unter der „Kalmarischen Union" (von 1397 bis 1523) schon einmal vereinigt, wurden durch dynastische Interessen jedoch wieder auseinandergerissen. Zwischen Schweden und Norwegen ist wieder eine Union entstanden, die aber, weil auf monarchischer Grundlage ruhend, dem freien, nie bezwungenen Volke der Norweger stets widerwärtig war. Der skandinavische Congreß der Socialdemokratie Dänemarks, Schwedens und Norwegens ist gewissermaßen die Halbtausend-Jahrfeier der Kalmarischen Union (1397), und sein Zweck ist, eine festere und dauerndere Union zu schaffen, als es unter den Auspizien des monarchischen Princips und dynastischer Interessen möglich war.

Sechster österreichischer socialdemokratischer Parteitag.

Der Parteitag ist am Sonntag Vormittag eröffnet worden. 160 Delegirte aus allen Theilen Oesterreichs sind erschienen, darunter vollzählig die 14 Mann starke socialdemokratische Fraction des Reichsraths, außerdem Engelbert Pernerstorfer und der Vorsitzende der österreichischen Parteivertretung Dr. Victor Adler. Die deutsche Partei ist durch den Abg. Molkenbuhr und den Parteisecretär Pfannkuch vertreten.

Popp-Wien eröffnet den Parteitag unter Hinweis auf den Wendepunkt in der Parteigeschichte, auf die erste parlamentarische Vertretung der Partei.

Dann übermittelt Pfannkuch-Hamburg dem Parteitage die Grüße der deutschen Socialdemokratie in einer längeren Ansprache, in der er die Solidarität der deutschen Bruderpartei betont und auch auf die Wiener Wahlen zu sprechen kommt. Unter anderem sagte Pfannkuch, der nächste deutsche Parteitag werde zu erwägen haben, ob und wie mit anderen Parteien gemeinsam der Kampf gegen das Junkerthum zu führen sei. Die Ansprache fand lebhaften Beifall.

Eine längere Debatte entspinnt sich hierauf über die Frage, ob der Parteitag den bekanntlich von antisemitischer Seite eingeleiteten Trammwaystreik unterstützen solle oder nicht. Schließlich wird ein Antrag mit großer Mehrheit angenommen, der den streikenden Arbeitern die Sympathie des Parteitages und die Unterstützung Seitens der Partei zusichert.

Nachmittags tritt dann der Congreß in seine Tagesordnung ein. Schuhmeier-Wien erstattet den Parteibericht, Dr. Ellenbogen-Wien den Kassenbericht. Beide geben deutliche Zahlen von dem Wachsthum und dem Aufschwung der Partei. Mit dem Ausfall der Wahlen erklärten sich die Referenten im Großen und Ganzen befriedigt, das Resultat der Wiener Wahlen natürlich ausgenommen. In der den Referaten folgenden Debatte unterzieht Dr. Adler den Ausfall der Wiener Wahlen einer längeren Besprechung und kommt dabei zu dem Schluß, daß die Socialdemokratie den Bedienten aller Kategorien, die von den Antisemiten an die Wahlurne gebracht worden sind, unterlegen seien.

Der Parteivertretung wird Decharge ertheilt.

Zweiter Verhandlungstag.

Der Vorsitzende Zeller-Teplitz eröffnet die Verhandlung nach 9 Uhr und giebt dem Abgeordneten Daszynski-Krakau das Wort zu seinem Referat über die parlamentarische Thätigkeit. Der erste Antrag von unserer Seite galt dem allgemeinen gleichen Wahlrecht. Der socialdemokratische Partei-Verband habe auch zur Strafprocessordnung Stellung genommen. Der Verband habe auch außerhalb des Parlaments eine rege Thätigkeit entwickelt. Die Abgeordneten hätten in 11 Versammlungen gesprochen. [illegible] die polnische Situation und [illegible] mit denen [illegible] leiden, aber wir haben uns schon in schwierigeren Situationen befunden. [illegible] in die Zukunft [illegible] werden in dem Kampfe, und die [illegible] des Volkes vom Halse zu schaffen wegen. (Lebhafter Beifall.)

Ueber die Taktik der Partei hält hierauf Dr. Victor Adler ein Referat. In der parlamentarischen Vertretung habe sich die Partei ein neues Organ erobert. [illegible] Hätten wir ein wirkliches Wahlrecht, ein [illegible] Wahlrecht, so verfügten wir über 14 : 55 Abgeordnete. Die parlamentarische Vertretung steht in gar keinem Verhältniß zur Arbeiterschaft überhaupt, ja nicht einmal zur socialdemokratischen [illegible] Arbeiterschaft. Deshalb muß die Kraft der Partei aus dem Volke heraus bestimmt werden. Uns liegt es nur ob, den Gefahren gegenüber zu treten. Die eine besteht in der [illegible] zunehmenden Verkümmerung und Verarmung. Das zweite was uns obliegt, ist die Bekämpfung des Nationalitätenhaders. [illegible] Aufgabe hätte längst der Bourgeoisie obgelegen, sie hat sich aber unfähig dazu erwiesen. Wir haben den Begriff des Internationalismus weiter entwickelt, denn Oesterreich ist bekanntlich die [illegible] des Internationalismus, und den heutigen [illegible] gelegt: die Sprachen [illegible] Frage [illegible] in den Vordergrund unserer [illegible] die Frage des Arbeiterschutzes [illegible] weiten Sinne des Wortes. [illegible] Kampf ums Wahlrecht etwas zurückgetreten. [illegible] die Regierung demnächst die Verlängerung des Zeitungsstempels vorlegen wird, werden wir gegen den [illegible] ganz energisch Stellung nehmen. [illegible] Den Antrag, daß die [illegible] erfolgen werden sollen, werden wir [illegible] für den [illegible] Bewegung für die Erringung des allgemeinen Wahlrechts für den [illegible] Wien an. Die Christlich-Socialen sind nur [illegible] Socialdemokratie. Die [illegible] Wiens, aber sie thun nichts für [illegible]. Wir [illegible] die Arbeiter [illegible] machen, mit dem Gemeindewahlrecht [illegible]. (Lebhafter Beifall.)

In der nun folgenden Discussion machte sich fast allgemeine Zustimmung zu den beiden Referaten geltend. Engelbert Pernerstorfer knüpft an eine Rede Brots-Wien an, der es der Partei zum Vorwurf macht, daß sie nicht scharf genug gegen den Antisemitismus Stellung genommen habe. Pernerstorfer weist diesen Vorwurf in einer glänzenden Rede als unberechtigt nach.

Internationaler Bergarbeiter-Congreß.

Der achte internationale Bergarbeiter-Congreß trat Pfingstmontag in der St. Martins Town Hall in London zusammen. Anwesend sind vorläufig 68 Delegirte als Vertreter von 1,050,000 Bergarbeitern. Die englischen Delegirten, die 590,000 Bergarbeiter vertreten, sind in der überwiegenden Mehrzahl. Deutschland ist durch drei Delegirte repräsentirt. Reichstagsabgeordneter Heinrich Möller vertritt Ober- und Niederschlesien, Sachse aus Zwickau die mitteldeutschen Bergwerksreviere und Mühlenbeck aus Altenessen Rheinland und Westfalen. Aus Frankreich sind als Vertreter von 130,000 Bergarbeitern der Abgeordnete Lamendin und der von der Regierung gemaßregelte frühere Maire von Carmaux, Calvignac, erschienen. Die belgische Delegation trifft erst Dienstag ein.

Die „christlichen Bergarbeiter" Deutschlands haben bekanntlich ihre Betheiligung abgelehnt, um die sie im Einverständniß mit den deutschen Delegirten der Vorsitzende des mächtigen Verbandes der Grubenarbeiter (Miners Federation), Pickard, ersucht hatte.

Die österreichischen Bergarbeiter haben von einer Beschickung des Congresses absehen müssen. Vom Parteitag der österreichischen Socialdemokratie ist ein Begrüßungstelegramm eingelaufen.

Thomas Burt, Mitglied des Parlaments, eröffnet den Congreß. Noch seien viele Fragen strittig, „aber wir leben ja und sind in einem Lande, wo das freie Wort, die freie Debatte regiert". In einem Punkte seien Alle einig: Die Organisation muß gestärkt und ausgebaut werden. Noch sei auch in England vieles in dieser Hinsicht zu thun. Schlimmer noch stehe es auf dem Festlande. „Noch wollen die Regierungen dort die Freiheit des Wortes und die Freiheit der Coalition schmälern und hindern. Die englischen Arbeiter sind entschlossen, die Arbeiter des Continents in ihrem Kampfe um die Freiheit zu unterstützen, mit Thaten, nicht nur mit Worten!"

Möller dankt für die freundliche Begrüßung. „Die Idee des internationalen Zusammengehens aller Arbeiter bricht sich immer mehr Bahn. Besonders nothwendig ist die Pflege der internationalen Beziehungen für die deutschen Bergarbeiter, deren Lebenshaltung noch tief steht. Ich hätte gewünscht, daß schon auf diesem Congreß über die Berggesetzgebung der verschiedenen Länder referirt würde; dieser Wunsch wird sich hoffentlich im nächsten Jahre erfüllen lassen. Noch viel ist zu thun, wenn wir eine geschlossene Vertretung aller deutschen Bergarbeiter haben wollen. Aber schon sind Schritte hierzu gethan dank der Unterstützung Pickards."

Der Congreß legte seine Arbeitszeit auf fünf Stunden täglich fest. Zum Vorsitzenden der morgigen Tagung wurde Sachse-Zwickau einstimmig gewählt.

Partei-Angelegenheiten.

Der dritte Parteitag der polnischen Socialdemokratie, der am Pfingstsonntag in Berlin zusammentrat, war von 24 Delegirten besucht. Neben den Polen Schlesiens und Posens hatten auch die in Berlin und Umgegend, Brandenburg, Frankfurt a. O., Hamburg, Leipzig und anderen deutschen Orten arbeitenden socialdemokratischen Polen Vertreter gesandt. Neben dem überwachenden Polizeilieutenant hatte der Polizeirath Zacher aus Posen, eifrig schreibend, Platz genommen. Aus den Berichten der Delegirten ging hervor, daß trotz der unerhörtesten Bekämpfung unserer Partei insbesondere durch Geistlichkeit und Adel doch ein Fortschritt der socialistischen Propaganda unter den Polen zu verzeichnen ist. Die Einnahme des Parteivorstandes betrug 13,573 M., die Ausgabe 13,[illegible] M., so daß nur ein geringes Deficit vorhanden ist. Die „Gazeta Robotnicza", das Organ der polnischen Partei, hat 600 Abonnenten. Die Beschlüsse des Parteitages sind kurz zusammengefaßt folgende: Zur besseren Beschaffung von Geldmitteln werden die Bons, die bisher, mit Ausnahme Hamburgs, nur in polnischer Sprache gedruckt wurden, künftig zum Theil in polnischer und deutscher Sprache gedruckt. Der Parteitag wird von jetzt ab alljährlich abgehalten, um eine bessere Fühlung unter den Parteigenossen herzustellen. Mit Hilfe der deutschen Vertrauenspersonen soll eine Statistik der in den einzelnen Orten arbeitenden Polen aufgenommen werden. Die „Gazeta Robotnicza" soll jährlich mindestens einmal ein Verzeichniß der Genossen veröffentlichen, die [illegible] Jeder Parteitag [illegible] durch einen Delegirten beschickt werden [illegible] Unter den [illegible] polnische Flugblätter [illegible] verbreitet, der [illegible] eine solche am Orte [illegible] der polnischen [illegible] und die Ergebnisse [illegible] zugestellt [illegible] polnischer Arbeiter [illegible] Reichstagswahl [illegible] die Wahlagitation in Ober[illegible] betrieben werden. [illegible] und gegen die in Schlesien [illegible] der Parteitag in sehr [illegible] die polnische [illegible] der polnischen Nationalität [illegible] polnischen [illegible] Socialistencongreß in [illegible] aufzunehmen. [illegible] über die polnische [illegible] veröffentlicht worden [illegible] Ein Antrag, die „Gazeta Robotnicza" von Berlin nach Posen zu verlegen, fand [illegible] ein anderer Antrag, die „Gazeta Robotnicza" [illegible] wurde [illegible] 1. Mai [illegible] den Polen alljährlich eine eigene Mai-Festzeitung herausgegeben werden.

Aus der Wahl des Parteivorstandes gingen hervor: Redacteur Morawski, [illegible] Marchlewski, [illegible] Goldberg [illegible], Posen [illegible] Berlin, Kroszynski und Kasprzak in Berlin. Als Vertreter für den nächsten Parteitag der deutschen Socialdemokratie wurde Morawski gewählt. [illegible] über den Verband und die Be[illegible] zur Wahl [illegible].

[illegible] Schluß [illegible] des Parteitages die Solidarität der polnischen Socialdemokratie mit der Socialdemokratie aller Länder [illegible] mit dem Parteitag [illegible] auf die Socialdemokratie [illegible].

Arbeiterbewegung.

Maurer. In **Bochum** haben die Maurer die Arbeit eingestellt.

Metallarbeiter. In der „[illegible]" [illegible] Bearbeitung [illegible] Streik [illegible] der Unternehmer [illegible] zur Anwendung von Streikbrechern [illegible].

Zimmerer. Der Zimmererstreik in **Göppingen** in Württemberg ist [illegible] beigelegt worden. [illegible] neben Anderem der Zehnstundentag, jedoch erst vom 15. März 1898 an, und eine sofortige Lohnerhöhung von durchschnittlich zehn Procent. — Der Zimmererstreik in **Mannheim** ist zu Gunsten der Arbeiter beendet.

Kleine Rundschau.

Wegen eines schweren Sittlichkeitsverbrechens ist gegen den praktischen Arzt Dr. Rudolf Krüger in Berlin ein Haftbefehl erlassen worden. Krüger ist flüchtig.

Furchtbare Folgen des Leichtsinns. Auf dem Grundstück des Gastwirths Jacob in Treptow bei Berlin waren am Sonnabend Nachmittag zwei Mädchen damit beschäftigt, die zum Pfingstfeste geschlachteten Gänse über einer Pfanne mit brennendem Spiritus abzusengen. Als das Feuer zu verlöschen drohte, goß man Spiritus in die Pfanne nach. Mit einem furchtbaren Knall explodirte die Flasche. Beide Mädchen erlitten Brandwunden. Die Köchin Brackhuhn ist gestern ihren Verletzungen erlegen, während bei dem anderen Mädchen eine Gefahr für das Leben nicht mehr vorzuliegen scheint.

Hamburg, 8. Juni. Der 43jährige Tischler Heß erschoß in der vergangenen Nacht zuerst seine Ehefrau und dann sich selbst. Das Motiv ist in Nahrungssorgen zu suchen. In einem zurückgelassenen Briefe schreibt Heß, er führe die traurige That deshalb aus, weil er ein frohes Pfingstfest nicht ohne Nahrung verleben könne.

Ein Opfer seines Leichtsinns wurde ein Soldat am zweiten Pfingstfeiertage Abends in der Marktstraße in Altona. Er sprang von einem noch in Fahrt befindlichen Anhängewagen eines elektrischen Bahnzuges gegen die Fahrrichtung, fiel ab, und erlitt einen Schädelbruch. Nach einigen Stunden starb er.

In Folge eines Windstoßes ist am zweiten Feiertag ein Boot mit sieben Personen auf der Elbe bei Blankenese umgeschlagen. Ein Herr und eine Dame ertranken.

Das Hochwasser der Elbe hat in der Wischegegend ungeheure Verwüstungen angerichtet. Ein Elbdeich ist gebrochen, und durch diesen Unglücksfall sind ungefähr 300 bis 400 Morgen schönster Feldbestand vernichtet worden.

Zwei Menschen ertrunken. Auf der Gromszik'schen Ziegelei, hinter Tomaberg, hart an dem Bahngeleise Inowrazlaw-Kruschwitz, befindet sich eine Sandgrube, welche durch den anhaltenden Regen mit Wasser gefüllt war. Dort versuchte am Sonnabend Nachmittags 4 Uhr der Arbeiter Harenski sich zu waschen, hatte aber das Unglück, in den Tümpel zu fallen. Er rief um Hilfe, der Arbeiter Czacinski gab sich die größte Mühe, den Verunglückten zu retten, wurde aber von H. fest umklammert und beide ertranken. Beide hinterlassen eine größere Familie.

Heimweh. In Fallersleben hat ein 18jähriges Mädchen, das bei der Gastwirthswittwe Reinecke bedienstet war, aus Heimweh eine Verzweiflungsthat begangen. Sie hat sich mit einem Beil neun Hiebe in den Kopf und einen in den linken Oberarm beigebracht. Sie liegt schwer darnieder.

Mord und Selbstmordversuch eines Soldaten. Am Dienstag früh erschoß in Eilenburg ein Soldat, der eigentlich schon am Abend vorher in seiner Garnison hätte eintreffen müssen, ein junges Mädchen, mit dem er in einem Liebesverhältniß stand. Darauf versuchte er auch sich zu erschießen, doch verwundete er sich nur sehr schwer durch zwei Schüsse in die rechte Brust.

Bei einer Radfahrt auf der steilen und für Radfahrer durch ihre zahlreichen Windungen gefährlichen Straße nach Zirl bei Innsbruck ist der 21jährige Mechaniker Sorxheimer aus Schlingen bei Kaufbeuren vom Rad geschleudert worden. Nach 20 Minuten war er todt. Seine zwei Collegen hatten ihn ermahnt, abzusteigen.

In Folge häuslicher Zwistigkeiten hat in Turbenthal bei Zürich eine Förstersfrau ihre drei Kinder im Alter von ein bis fünf Jahren mit der Hacke erschlagen und sich selbst erhängt.

Zu der Wirbelsturm-Katastrophe im Morgethal (Frankreich) wird weiter gemeldet: Von den 130 Fabrikbetrieben des Thales sind sechzig, darunter die bedeutendsten, zerstört. Die 400 im Brun'schen Fabrikgebäude wohnenden Arbeiterinnen entgingen dem sicheren Tode dadurch, daß sie nach dem Feierabend zusammen einen Ausflug für die Feiertage unternahmen. Der 70jährige Fabrikbesitzer Brun blieb mit seiner Gattin allein zurück. Er wurde, als er die Fenster schließen wollte, vom Wirbelsturm erfaßt, in die Tiefe geschleudert und erlitt schwere Verletzungen. Brun ist durch die Katastrophe total ruinirt. Ueber die Hälfte des Schadens trifft reiche Gesellschaften, welche auf Staatshilfe nicht rechnen. Dem Wirbelsturme folgte Hagelschlag. Die plötzlich hereinbrechende Katastrophe rief eine heillose Verwirrung hervor, die durch das Erlöschen der Straßenbeleuchtung noch erhöht wurde. Bis jetzt werden 6 Personen vermißt. In den nach dem Flusse zu führenden Straßen schwimmt eine Unmasse von Gegenständen aller Art aus den zerstörten Fabrikräumen, Rechnungsbücher, Papierrollen, Seidenballen, Stühle und Tische. Die ganze Stadt bietet einen unbeschreiblichen Anblick. Dazu kommen die Verheerungen, die etwa 25 Kilometer weit stromabwärts die Wassermassen in den an den Ufern gelegenen Weinbergen angerichtet haben. Auf dieser ganzen Strecke ist die diesjährige Ernte so gut wie völlig vernichtet.

Ein unglaubliches Verbrechen wurde in Oran vor das Schwurgericht gebracht. Vier Spanier hatten am Weihnachtsabend einen an ihrem Hause vorübergehenden Landsmann hineingerufen, sich auf ihn geworfen und ihn aus bloßer Grausamkeit, um die „noches buena" (heilige Nacht) zu feiern, an verschiedenen Körpertheilen bei offenem Feuer geröstet, wobei sie sein Geschrei durch Knebel unterdrückten. Sein Bruder fand ihn mit Brandwunden bedeckt, am Unterleib, an den Knien und Schenkeln verkohlt, ohnmächtig vor und brachte ihn ins Hospital, wo er erst am 12. Januar unter furchtbaren Qualen starb. Aus der Verhandlung ergab sich kein weiterer Beweggrund, der die Mörder zu ihrer That veranlaßt hätte. Sie wurden unter Ausschließung vorbedachten Handelns, dagegen unter dem erschwerenden Umstand der Folter wegen Todtschlags zu je zwanzig Jahren Zwangsarbeit verurtheilt.

Eine Kesselexplosion hat in Puebla (Mexiko) stattgefunden. Zwanzig Personen sind dabei umgekommen.

Locale Rundschau.

Breslau, den 10. Juni 1897.

* **Zur Frage der freien Arztwahl.** In der „Deutschen medizinischen Wochenschrift" veröffentlicht Dr. W. Hanauer-Frankfurt einen Aufsatz über die freie Arztwahl in Frankfurt a. M. Der Verfasser legt dar, wie die am 1. Januar 1896 bei der Frankfurter Ortskrankenkasse eingeführte freie Arztwahl bisher gewirkt hat und kommt am Schluß seines Aufsatzes zu der Feststellung, daß die freie Arztwahl sich durchaus bewährt hat, in allgemeiner Hinsicht, insofern die Mitglieder zufrieden waren, in finanzieller, indem von den beiden Ausgabeposten für Arzneien und Krankengeld, die nach vielfacher Annahme bei freier Arztwahl bedeutende Mehrausgaben veranlassen sollen, der erstere kaum nennenswerth in die Höhe ging, der letztere sich bedeutend verminderte. Natürlich gestattet der kurze Zeitraum von einem Jahre noch kein endgiltiges Urtheil, und auch Dr. Hanauers Bericht spricht sich in dieser Hinsicht mit einiger Reserve aus, allein man darf die begründete Hoffnung hegen, daß auch weiter die Ergebnisse günstige sein werden, auch wenn die Gesundheitsverhältnisse weniger gute sind, als im verflossenen Jahre, vorausgesetzt, daß das Zusammenwirken

zwischen Kasse und Aerzten, wie es dort jetzt besteht, auch ferner stattfindet. Letzteres ist allerdings für das Gedeihen einer Krankenkasse, wie das der freien Arztwahl unerläßlich.

* **Die Berliner Chaussee** soll nach dem neuen Bebauungs-Plane für Pöpelwitz durchweg eine Breite von 30 Meter erhalten. Die einmündenden Querstraßen schließen sich nach Möglichkeit den bestehenden Ausführungen bezw. Projecten der dortigen Straßenbau-Unternehmer an. Für die Herstellung eines ordentlichen Zuganges zum Eichenpark mit Promenadenweg 2c. ist der gegenüber dem Börsen-Restaurant des Schlachthofes abzweigenden Straße eine Breite von 26 Metern gegeben worden. Am Ende der Berliner Chaussee ist ein Platz zu Markt- oder sonstigen öffentlichen Zwecken von mehr als 100 Meter Länge und 75 Meter Breite vorgesehen worden. Eine weitere Anlage von freien Plätzen an der Berliner Chaussee war nicht mehr möglich. In der Bebauungsplan-Skizze für die vormalige Dorflage ist den gegebenen Verhältnissen und den begonnenen Ausführungen möglichst Rechnung getragen. Die Auftheilung der Viertel ist zum Theil eine etwas kleine, doch ist ohne wesentliche Schädigung privater Interessen eine Aenderung nicht möglich. Die gewählten Straßenbreiten sind ebenfalls geringe, in der Regel 16 Meter, welche jedoch den Zwecken als Wohnstraßen für Arbeiterbevölkerung genügen dürften. Die sogenannte Schmiedegasse, welche die Zufahrt zum Hafen der Frankfurter Güterbahn-Gesellschaft bildet, soll eine Breite von 20 Meter erhalten. Von den Straßen parallel der Berliner Chaussee wird nur diejenige später etwas Bedeutung haben, welche in der Verlängerung der Cosel-Pilsnitzerstraße nach den bestehenden Wegunterführungen unter der Posener Bahn nach der Viehweide verläuft. Diese Straße soll 20 Meter breit werden. Vorgärten sind in dem Pöpelwitzer Gebiet nur ausnahmsweise und an einzelnen bevorzugten Lagen vorgesehen.

* **Ein neuer Fluchtlinienplan** soll für die Vorder- und Hinterbleiche festgesetzt werden. Das Mindestmaß der Straßen ist auf 7 Meter festgesetzt, diejenige Breite, welche der Eingang zu dem südlichen Straßenarm z. B. aufweist. Für die [illegible]-verbindungsstraße ist die Breite behufs Erlangung eines Wendeplatzes für Wagen auf 15 Meter festgesetzt worden. In dem nördlichen Straßenflügel kann, um die Bautiefen nicht zu sehr einzuschränken, die Breite auf nicht mehr als 7 15 Meter vorgesehen werden. Auf der Hinterbleiche ist im Hinblick auf die größere Bedeutung dieser Straße für den durchgehenden Fußgänger-Verkehr eine gleichmäßige Breite von 9 42 Meter angenommen worden, welche die Anlegung von ca. je 3 Meter breiten Fußwegen gestattet. Kurz vor dem Laufsteg erweitert sich die Straße zu einem Platze, welcher das Umwenden der Wagen gestattet, im Uebrigen auch noch Raum bietet zur Aufstellung einer Anschlagsäule, eines Pissoirs oder dergleichen.

* **Eine grenzenlose Rohheit** hatte sich am Abend des 21. März der Schlossermeister Wilhelm Langner gegenüber einer Dame zu Schulden kommen lassen. Die Buchhalterin Elise G. kam damals mit zwei Freundinnen aus dem Stadt-Theater. Hinter den Damen schritt Langner mit einem Bekannten. Am Tauentzienplatz umfaßte L. plötzlich Fräulein G. mit beiden Armen von hinten und duzte sie. Als sich die letztere erschrocken umwandte und den Attentäter von sich abzuwehren suchte, fiel diesem der Hut vom Kopfe. Darüber gerieth Langner derartig in Wuth, daß er der Dame mit seinem Spazierstocke — einem Todtschläger — einen wuchtigen Hieb über den Kopf beibrachte. Während darauf die Verletzte, welcher aus klaffender Stirnwunde das Blut herunterfloß, einen Arzt aufsuchte, gingen ihre Freundinnen dem brutalen Menschen nach, der sich inzwischen gemächlich in ein Café begeben hatte, und ließen ihn dort verhaften. Das Schöffengericht, vor welchem sich dieserhalb Langner, ein im Uebrigen unbescholtener Mann, wegen gefährlicher Körperverletzung zu verantworten hatte, verurtheilte ihn zu vier Monaten Gefängniß. Hiergegen legten sowohl der Staatsanwalt, als der Verurtheilte die Berufung ein. Das Landgericht, vor welchem die Sache anstand, verwarf, wie die „Bresl. Ztg" berichtet, jedoch beide Berufungen, mit der Begründung: Eine empfindliche Strafe für das rohe Benehmen des Angeklagten sei angebracht, weil dem Damenpublikum gegenüber derartigen Belästigungen der Schutz des Gerichtes zu Theil werden müsse. Es liege nicht der geringste Grund vor, die empörende Handlungsweise milder zu betrachten, als dies das Schöffengericht gethan habe. Andererseits sei aber auf die vom Staatsanwalt beantragte Straferhöhung nicht erkannt worden, weil in Betracht zu ziehen sei, daß der Angeklagte unbescholten und am damaligen Spätabende angetrunken gewesen sei.

Wir erachten die empfindliche Strafe in diesem Falle für sehr angebracht. Selbst in angetrunkenem Zustande darf sich ein Mann solche Rohheiten nicht zu Schulden kommen lassen; er verdient nicht die Zubilligung mildernder Umstände.

* **Die Eröffnung von Spielplätzen für die Kinder** der hiesigen Schulen zur Vornahme von Unterhaltungs- und Bewegungsspielen im Freien ist auch für das laufende Sommerhalbjahr wieder in der Weise in Aussicht genommen, daß zunächst für die Zeit vor den Sommerferien und zwar vom 12. Juni ab zweimal wöchentlich gespielt werden soll. Die Spielstunden sind am Mittwoch und Sonnabend, Nachmittags von 4—6 Uhr; nur auf dem Spielplatz Siebenhufenerstraße 60 liegen sie für Knaben in der Zeit von 3—5 Uhr, für Mädchen von 4—6 Uhr.

* **Den Bau einer Brücke über die Oder am Ausgange der Margarethenstraße** wünschte eine Petition, welche der Bezirksverein der Ohlauer Vorstadt an den Magistrat richtete. In der inzwischen eingegangenen Antwort erkennt der Magistrat das Bedürfniß an, bemerkt jedoch, daß die erforderlichen sehr bedeutenden Mittel für den Brückenbau zur Zeit nicht zur Verfügung stehen; dieselben sollen bei der nächstens neu aufzunehmenden Anleihe vorgesehen werden.

* **Die Oder** und die Einmündungen ihrer wichtigeren Nebenflüsse werden gegenwärtig von dem Unterausschuß bereist, welcher zur Untersuchung der Verhältnisse der von der Ueberschwemmungsgefahr am meisten bedrohten Stromgebiete eingesetzt wurde.

* **Frequenz im städtischen Arbeits-Nachweis** in der Woche vom 30. Mai bis 5. Juni. a) Männer: Angebotene Arbeitskräfte 105. Zu besetzende Stellen 85. Besetzte Stellen 73. b) Frauen: Angebotene Arbeitskräfte 30. Zu besetzende Stellen 49. Besetzte Stellen 40.

* **Straßen- und Brückensperre.** Behufs Canalisation wird die Magazinstraße zwischen der Kohlen- und der verlängerten Adolfstraße vom 9. d. Mts. ab auf die Dauer von 14 Tagen für Fuhrwerk und Reiter gesperrt. — Behufs Ausführung der Schlußarbeiten für die Höherlegung der Brücke über die Schiffahrtsoder unter der Füllerinsel im Zuge der Eisenbahnstrecke Mochbern—Oderthorbahnhof wird der Fußgängerverkehr über diese Brücke vom 11. d. Mts. ab auf die Dauer von etwa acht Tagen gesperrt.

* **Unglücksfall.** In der Nacht zum 8. d. Mts. stürzte ein Schlachter Töpfer auf der Bismarckstraße in Folge eines Krampfanfalles zu Boden und zog sich dabei eine erhebliche Verletzung an der rechten Schulter zu. Nachdem Sanitätsmannschaften der Feuerwehr dem Leidenden die erste Hilfe geleistet hatten, wurde er dem Allerheiligen-Hospital zugeführt.

* **Selbstmordversuch.** Am 8. d. Mts. hängte sich eine Handelsfrau in ihrer Wohnung auf der Schießwerderstraße an der Thürklinke auf. Die 14 Jahre alte Tochter betrat bald darauf die Stube, schnitt ihre Mutter sofort ab und ließ sie am Boden liegen, in der Meinung sie sei bereits verstorben. Als nach etwa zwei Stunden ein Schutzmann in die Wohnung kam, merkte er sofort, daß in der Frau noch Leben sei. Es wurde alsbald ein Krankenwagen aus dem Allerheiligen-Hospital requirirt, doch hatte sich die Frau inzwischen wieder soweit erholt, daß sie in der Wohnung verbleiben konnte.

* **Leichenfunde.** Am 6. d. M., Vormittags, wurde bei der Burgstraße die Leiche eines jungen Mannes aus der Oder gezogen, der Postbeamtenuniform trug. In demselben ist der seit einiger Zeit vermißte Posthilfsbote Ernst Kobas, der zuletzt auf der Gartenstraße gewohnt hat, erkannt worden. Es handelt sich zweifellos um einen Selbstmord. — Am 8. d. M., Morgens, wurde in der Nähe des Augustaplatzes die Leiche des Tischlers Jablonski aus der Oder gezogen, der am 2. d. M. von der Lessingbrücke in die Oder gesprungen ist.

* **Vermißt** wird seit dem 6. d. Mts. der 12 Jahre alte Schulknabe Heinrich Bock aus Oltaschin.

* **Einbruchsdiebstähle.** Am 7. d. M., Nachmittags, wurden in zwei Wohnungen auf der Bohrauerstraße Einbrüche verübt; in der einen Wohnung wurde aus einem gewaltsam geöffneten Schreibtisch ein Zwanzigmarkstück, in der anderen Wohnung aus einem Schreibpult ein Trauring, gezeichnet 16. Juni 1878, Ottilie Büttner, gestohlen.

* **Verhaftet** wurde ein Viehhändler, der am 8. d. M., Nachmittags, auf dem Schießwerderplatz bei Verübung von Taschendiebstählen ertappt worden war. Bei dem Verhafteten fand sich noch ein schwarzes Portemonnaie vor, welches aber nur eine Muschel und einige kleine Haarnadeln enthielt.

Socialdemokratischer Parteitag für Schlesien und Posen.

Es kommt alsdann zur Verhandlung der vierte Punkt der Tagesordnung:

Unsere Presse.

Dazu ist ein Antrag eingegangen von Arndt-Brieg, welcher eine Verschmelzung der „Volkswacht" und des „Proletariers" wünscht; die Parteigenossen in Breslau beantragen, die Preßcommissionen haben auf den Parteitagen Bericht über den Stand der Presse zu erstatten. Ferner liegt vor ein Antrag der Brieger Genossen betr. Stellungnahme des Parteitages zur Ausweisung von Berichterstattern aus socialdemokratischen Versammlungen, welcher jedoch die nöthige Unterstützung nicht findet und darum nicht zur Verhandlung kommt; schließlich stehen Anträge von Liegnitz zur Berathung, welche Unterstützung und Reorganisation der „Volkswacht" betreffen.

Das Wort erhält zunächst

Schütz-Breslau, der auf den vorliegenden Geschäftsbericht der „Volkswacht" verweist.

Kühn-Langenbielau giebt einen kurzen Bericht über den Stand des „Proletariers". Das Blatt stehe verhältnißmäßig günstig da, die Auflage betrage rund 6000 Exemplare, Schulden sind nicht vorhanden, dagegen etwas Vermögen.

Junge-Langenbielau als Preßcommissions-Mitglied des „Proletariers" erklärt, bei seiner Revision alle Bücher in bester Ordnung gefunden zu haben.

Arndt-Brieg: Es liegt an dem Unverstand der Massen, daß unsere beiden Parteiblätter in Schlesien nicht so gute Geschäfte machen, wie es der Fall sein könnte, wenn alle diejenigen, die sich Socialdemokraten nennen, die Arbeiterpresse unterstützen würden. Was die Agitation für die „Volkswacht" anlangt, so ist in Breslau das Möglichste gethan worden, ohne freilich bis jetzt die gewünschten Erfolge zu erzielen. Wenn nun statt der beiden Blätter nur eines erscheine, wäre dieses eine Blatt lebensfähiger. Die Herstellungskosten würden verhältnißmäßig geringer sein und die größere Auflage würde das Blatt in den Stand setzen, mehr zu leisten. Die Verwaltungskosten würden auch nicht viel höher sein. Es ist so Vorzügliches auf dem Parteitage über die Agitation gesprochen worden, es gehöre Pulver, also Geld, dazu. Ja, wäre es da nicht besser, wenn wir ein gut fundirtes Blatt hätten? Die großen Zuschüsse brauchten dann nicht zu erfolgen.

Burgund-Breslau vertritt den Antrag Breslau, bezüglich der Preßcommissionen und bittet um dessen Annahme.

Feldmann-Langenbielau erklärt sich gegen den Antrag von Breslau, der einen Zustand wünsche, welcher schon bestehe. Der „Proletarier" werde von den Genossen sehr oft genau geprüft. Wenn nach dem Antrage von Arndt verfahren würde, so erreichte man in der That nicht das, was man sich davon verspricht. Die Verschmelzung der beiden Blätter hätte zur Folge, daß eine Schädigung unserer Sache in der Provinz überhaupt einträte.

Ein Antrag von Hirschberg findet nicht die Unterstützung. Zur Debatte kommt noch ein Antrag auf Beseitigung der Unterhaltungsbeilage des „Proletariers."

Bruhns-Breslau: Es giebt wohl kein Parteiblatt, das so verfolgt wird, wie die „Volkswacht": gegen 81 Processe in zwei Jahren, von denen 46 mit Verurtheilung und 35 mit Freisprechung endeten. Insgesammt wurde erkannt auf 1 Jahr, 7 Monate, 3 Wochen Gefängniß und 2375 M. Geldstrafe. Daher komme, daß die „Vw." einen so großen Vorschuß erforderte. Gegnern den Stand unserer Blätter zu verschweigen sei nutzlos, da er ja ohnehin bekannt ist. Pflicht der Genossen ist es, angesichts der gegenwärtigen Verhältnisse Alles zu thun, was eine Vermehrung der Abonnenten herbeiführen kann. Es ist zu sagen, daß beide Parteiblätter zurückgegangen sind, eine bedauerliche Thatsache, die alle Genossen zu energischer Thätigkeit für die Presse anspornen muß. Der Antrag Brieg auf Verschmelzung der beiden Blätter kommt sechs bis sieben Jahre zu spät. Die bei der letzten Wahl in Schlesien abgegebenen 100,000 Stimmen sollten doch eine sichere Gewähr für die Existenz beider Blätter sein. Redner befürwortet den Antrag bezüglich der Preßcommissionen. Wenn man angesichts der vielen Tausende von socialistischen Stimmen immer wieder die Unterstützung der Parteiblätter Seitens des Parteiausschusses fordert, so stellt man das mit Armuthzeugniß aus. Gewiß sind nicht unsere schlesische[illegible] sondern auch viele andere Parteiblätter [illegible] so wie sie sein sollen, aber das ist nicht die Schuld der Pe[illegible]nen, die unausgesetzt für dieselben arbeiten, sondern derjenigen Genossen, die wohl immer von „Reorganisation" sprechen, aber selbst doch nichts thun, um die Presse zu heben.

Winkler-Liegnitz spricht über die Presse im Allgemeinen und meint u. A., daß nicht in allen Artikeln die Tendenz zum Ausdruck kommen brauche; das sollte vornehmlich nur vom Leitartikel zu sagen sein.

Mehring-Liegnitz: Die „Volkswacht" habe durch ihre Wandlungen nicht gewonnen. Man kann die „Volkswacht" in der Provinz nicht weit verbreiten, weil sie sich nicht der Provinz anzupassen vermag, wenn sie nicht die Breslauer Angelegenheiten vernachlässigen will.

Kühnel-Breslau: Die Agitation für die „Volkswacht" in Breslau wird immer fortgesetzt. Man muß auch in Betracht ziehen, daß Breslau einen schlechten Zuzug hat, dagegen einen guten Abgang, wodurch auch erklärt wird, daß man in Breslau nicht so gut vorwärts kommt.

Heckner-Breslau: Wenn der „Proletarier" besser besteht als die „Volkswacht", so liegt das wohl daran, daß man in Breslau eine zu große Concurrenz zu erleiden hat und es nicht möglich ist, auf die Masse in Versammlungen einzuwirken.

Feldmann-Langenbielau: Unsere Presse hat mit den Verhältnissen zu rechnen, aber dieselben sind in den einzelnen Orten nicht so grundverschieden. Es heißt eben immer nur agitiren: das wird auch Breslau vorwärts bringen. Das Unterhaltungsblatt des „Proletariers" ist mir durchaus nicht an's Herz gewachsen, aber die „Neue Welt" ist nun einmal ungeeignet für einen großen Theil der Leser des „Proletariers" und die Einführung derselben würde auch zur Folge haben, daß der „Proletarier" nicht einen kleinen Ueberschuß, sondern ein Defizit aufweise. Gegenüber den Ansichten des Genossen Winkler behaupte ich, daß unsere Tendenzen in allen Theilen der Parteiblätter zum Ausdruck kommen müsse, um unseren Lesern zu zeigen, wie es um unsere heutigen Gesellschaftszustände steht. Man verlangt alle möglichen Berichte in den Zeitungen, sendet aber selbst nichts Brauchbares ein.

Franke-Reichenbach: Die Sympathie in Reichenbach für die Breslauer ist durch verschiedene Vorkommnisse gefallen. Alle Beschlüsse nützen nichts, wenn nicht die Genossen für Ausführung derselben sorgen. Gerade mit dem Unterhaltungsblatt des „Proletarier" haben wir gute Erfolge erzielt.

Krätzig-Wüstegiersdorf: Die Agitation allein thut es nicht. Durch Schilderung der Lage der Arbeiter im „Proletarier" haben wir viele Abonnenten gewonnen; wir führten den Arbeitern ihre traurigen Erwerbsverhältnisse vor Augen und dadurch fühlten sie sich veranlaßt, ein Blatt zu lesen, das so ihre Interessen vertritt. Das sollte vor allem auch in der „Wahrheit" geschehen, die in Waldenburg stetig zurückgegangen ist.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Geiser-Breslau: Unsere Parteiblätter, so ist gesagt worden, seien mehr laufende Agitationsnummern und keine Zeitungen. Darin liegt viel Wahrheit. Daran sind aber die Verhältnisse schuld. Wenn in einer Redaction zwei oder drei Leute arbeiten, so ist es beim besten Wollen und Können nicht möglich, all die Aufgaben zu erfüllen, die zu erfüllen sind. Die Preßorgane, die etwas Ordentliches geleistet haben, besaßen und besitzen viel mehr Redacteure und Mitarbeiter. Mit der „Volkswacht" in ihrer jetzigen Gestalt erobern wir die Massen nicht, das kann nur ein großes Blatt. Ferner hält es Redner für nöthig, daß die „Volkswacht" Parteieigenthum wird.

Heimann-Breslau wendet sich gegen Geiser und behauptet, daß die „Volkswacht", wenn sie Parteieigenthum wäre, auch nicht anders aussähe als gegenwärtig. Im Uebrigen erklärt sich Redner gegen den Antrag Liegnitz. Unsere Parteiblätter haben alle geringeren Umfang, weil sie keine Inserate bekommen. Der „Proletarier" ist nur da verbreitet, wo früher die „Volkswacht" gelesen wurde und sein Ueberschuß, der ungefähr 2000 Mark jährlich betrage, resultire lediglich aus der Beilegung der „Lustigen Blätter".

Michaelis-Waldenburg spricht über seinen Antrag auf Beseitigung der „Lustigen Blätter" des „Proletariers", welche vielen Genossen seines Ortes nicht gefallen und er (Redner) ist der Meinung, daß der Verleger des „Proletariers" dafür sorgen müßte, daß hier eine Aenderung eintritt. Wenn die „Neue Welt" für die Leser der „Volkswacht" paßt, dann paßt sie wohl auch für die des „Proletariers". Redner möchte den Vorschlag machen, ob es nicht möglich sei, ein Unterhaltungsblatt für beide Blätter zu gründen, daß den Tendenzen der Arbeiterbewegung entspricht. Genosse Bruhns hat besonders die Provinzgenossen für den schlechten Stand der Presse verantwortlich gemacht. Aber die Genossen waren nicht unthätig. Dabei ist auch zu bedenken, daß die Concurrenz der „Berg- und Hüttenarbeiterzeitung" die von 300 Abonnenten auf 2000 im Kreise Waldenburg stieg, eine sehr große ist. In den Reihen der Breslauer Genossen sollte man auch Einkehr halten. Es bestehe Mißstimmung unter den Genossen gegen die Leiter der Presse und man hat tüchtige Leute einfach abgesägt. In den Schnapskneipen wird über die Verhältnisse derselben in gehässiger Weise gesprochen. Wenn dieses ein Ende nimmt, wird auch eine Aenderung zum Besseren eintreten.

Schütz-Breslau ist auch der Meinung, daß es vielleicht nicht immer nothwendig war, bei kleineren Processen Vertheidiger zu nehmen. Die Verwaltung sucht mit den Verhältnissen zu rechnen, während die Redaction oft hoch hinaus will. Es ist s. Z. Alles gethan worden für die Zeitung, aber die Folge davon und der Herabsetzung des Abonnementspreises war am Ende ein Rückgang. Mit dem „Vorwärts" ist man auch nicht zufrieden, trotzdem bei ihm mehr als 100,000 Mark für Redactionszwecke ausgegeben werden. In Zeitungsangelegenheiten spricht Jedermann mit, glaubt Jeder ein Recht dazu zu haben, und so muß es kommen, daß Mißstimmungen entstehen. Redner wendet sich gegen Krätzig, der behauptete, daß vor Allem auch wirthschaftliche Artikel in den Parteiblättern zu finden sein müssen. Die „Wahrheit" hat jahrelang solche Artikel aus sachmännischer Feder gebracht. Mit Beziehung auf Andeutungen Geisers bemerkt Redner, daß er sich nicht an den Verlag klammere. Geiser wünscht ein großes Weltblatt, das vieles leisten müsse. Gerade Geiser wäre vor Allem wohl berufen gewesen, recht thätig zu sein, insbesondere auf communalem Gebiete, das er zu bearbeiten sich vornahm, aber nicht durchführte. Die Einführung eines illustrirten Blattes für die beiden Parteiorgane hält Redner für unzweckmäßig.

Kühn-Langenbielau spricht zu dem Antrage auf Beseitigung des Unterhaltungsblattes des „Proletariers". Man muß sich doch, so meint Redner, nach der Decke strecken; in dem Moment, wo wir eine andere Beilage geben, können sie auch das Eingehen des „Proletariers" beschließen. Wenn irgend etwas der „Volkswacht" geschadet hat, so war es das fortwährende Operiren. Nirgends ist das Operiren unter Umständen gefährlicher als bei einem Zeitungsunternehmen. Aller Parteigenossen ernstes Streben sollte es doch sein, die Zahl der Blätter, die aus dem Parteisäckel unterstützt werden, zu verringern. Der Antrag Arndt-Brieg würde zur Folge haben, daß dann auch das eine Parteiblatt Zuschüsse erforderte. Die Breslauer Verhältnisse, die gegenseitigen Quertreibereien schädigen in erheblicher Weise und weil ich nicht absehen kann, wann es besser wird, würde ich es als denkbar schlimmsten Fehler betrachten, Breslau noch fester an die Provinz zu koppeln. Die Tagesausgabe der „Volkswacht" soll auf Breslau beschränkt bleiben und nicht in der Provinz verbreitet werden, was keinen finanziellen Nutzen bringt. Ich werde nächstens auch eine Abrechnung über den „Proletarier" bringen; bezüglich des Berichts der „Volkswacht" kann man nur sagen, daß durch ihn ein klares Bild über den Stand der „Volkswacht" nicht gegeben ist. Wenn immer verlangt wird, daß die Presse viel leisten soll und berichten, kann muß doch auch den Genossen ernstlich an's Herz gelegt werden, ebenfalls etwas für die Presse zu schreiben, überhaupt für sie zu arbeiten, rege zu agitiren und weniger im Innern zu kritisiren.

Persönlich wendet sich Geiser gegen Schütz und Schütz gegen Kühn.

Bei der Abstimmung wird folgender Antrag Breslau angenommen:

„Die Preßcommissionen beider Parteizeitungen der Provinz werden an den betreffenden Ausgabeorten gewählt und haben die Pflicht, auf dem Provinzial-Parteitage Bericht zu erstatten über den Stand der bez. Parteiblätter."

Der Antrag Liegnitz gelangt in seinem ersten Theil zur Annahme:

„Der Provinzial-Parteitag erkennt die Nothwendigkeit an, an, daß besonders für Breslau, im Weiteren aber auch für die Provinz, das Breslauer Parteiblatt bestehen bleiben muß."

Der Antrag Heider-Liegnitz, betr. Reorganisation der „Volkswacht" wird abgelehnt.

Ebenso der Antrag Michaelis-Waldenburg betr. Unterhaltungsblatt des „Proletariers" und der Antrag Arndt betr. die Verschmelzung beider Parteiblätter.

Unter „Verschiedenes" wird ohne Debatte folgender

Protest gegen die lex Recke

angenommen:

„Der am 6. Juni in Ober-Langenbielau versammelte Delegirtentag der Socialdemokratie von Schlesien und Posen protestirt mit aller Entschiedenheit gegen jede Verschlechterung des Vereins- und Versammlungsrechtes. Er erachtet es als ein natürliches Menschenrecht aller Staatsangehörigen beider Geschlechter, sich unbehindert, ohne Eingriffe irgendwelcher Behörde, versammeln und in Vereinen verbinden zu können, zur Wahrung ihrer Interessen.

Deshalb fordert der Delegirtentag statt der durch die Regierungsvorlage und die Anträge der conservativen Parteien des Landtages geplanten Vernichtung dieses natürlichen Rechtes, volle Freigabe desselben, wie es sich für ein sein wollendes Culturland am Ende des neunzehnten Jahrhunderts eigentlich von selbst versteht."

Die folgende, von Langenbielauer Genossen eingebrachte Resolution gelangt ebenfalls ohne Discussion einstimmig zur Annahme:

„Der Parteitag der Socialdemokratie für Schlesien und Posen protestirt dagegen, daß durch das bürgerliche Gesetzbuch die in Deutschland geltenden Gesindeordnungen nicht abgeschafft worden sind, und daß das Gesinde und die ländlichen Tagelöhner noch ferner unter diesen mittelalterlichen Ausnahmebestimmungen

leiden müssen. Der Parteitag fordert als einfachen Act der Cultur und Gerechtigkeit die Aufhebung der an Sklaverei mahnenden Bestimmungen, und die Unterstellung der Dienstboten und anderen ländlichen Arbeiter und Arbeiterinnen unter die Gewerbeordnung."

Ueber einen Antrag betr. Gründung von Naturheilanstalten wird zur Tagesordnung übergegangen.

Ferner kommt ein Glückwunschtelegramm aus Freiburg zur Verlesung.

Michaelis=Waldenburg begründet darauf einen Antrag, alle Jahre einen Parteitag abzuhalten, damit eine ständige Fühlung unter den Genossen besteht und die Agitation die nöthige Förderung erfährt. Fianke=Reichenbach kann sich diesen Ausführungen nicht anschließen, ebenso Mohring=Liegnitz.

Der Antrag Michaelis wird abgelehnt.

Thiel=Neustadt erklärt, daß er beauftragt sei, darüber eine Debatte hervorzurufen, ob in Rücksicht auf den Programmsatz: „Religion ist Privatsache", die Bestimmung im Statut des socialdemokratischen Vereins in Breslau, wonach verstorbenen Mitgliedern nur dann ein Kranz gewidmet wird, wenn ein Geistlicher an der Beerdigung nicht Theil nimmt, angebracht erscheint.

Bruhns=Breslau rechtfertigt diese Bestimmung, die mit dem Programmsatz nichts zu thun hat, sondern durch die Verhältnisse geboten war.

Mit der Einberufung des nächsten Parteitages wird der Bezirksvertrauensmann in Breslau beauftragt.

Bruhns=Breslau dankt den Langenbielauer Genossen für die Mühe und die freundliche Aufnahme und giebt der Erwartung Ausdruck, daß die Genossen allerorts mit Ernst und Eifer daran gehen werden, die Beschlüsse des Parteitages zu verwirklichen.

Die Verhandlungen des Parteitages wurden darauf um 9 Uhr Abends mit einem begeisterten Hoch auf die internationale Socialdemokratie geschlossen.

Die Gesangsabtheilung des socialdemokratischen Wahlvereins hatte in anerkennenswerther Weise vor Beginn der Verhandlungen und nach Schluß derselben einige Lieder freiheitlichen Inhalts zum Vortrag gebracht, die sehr beifällige Aufnahme fanden.

Provinzielle Rundschau.

Liegnitz, 9. Juni. Eine öffentliche Tabak-Arbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung, die am 4. Juni im „Gasthof zu den drei Bergen" stattfand, befaßte sich mit Vorkommnissen in der Richterschen Cigarrenfabrik hierselbst. In dieser Fabrik ist vor Kurzem ein Ausstand ausgebrochen, weil die von den Arbeitern gestellten Forderungen: 1. einer zehnprocentigen Lohnerhöhung, 2. würdigeren Behandlung und 3. Gewährung desselben Quantums sogenannter Freicigarren an die Arbeiter wie in anderen Fabriken nicht erfüllt wurden. Die Zustände in jener Fabrik wurden dem „Liegnitzer Anzeiger" zufolge in einer einstimmig angenommenen Resolution als demoralisirend bezeichnet. Die Versammlung beschloß, in nächster Woche eine öffentliche Versammlung der Tabakarbeiter abzuhalten. In dieser Versammlung soll auch über die eventuelle Weiterführung des Ausstandes berathen werden.

Glogau, 9. Juni. Wie die polnischen Arbeiter behandelt werden. Der „Niederschl. Anz." schreibt: Die Pfingstfreude verbitterte so Manchem, der am ersten Feiertage vom Bahnhofe aus einen Pfingstausflug unternehmen wollte, ein trauriger Anblick, welchen eine Anzahl polnischer Arbeiterinnen und Arbeiter darboten, die auf ihren armseligen Bündeln auf dem Perron vor dem Wartesaal IV. Klasse kauerten. Es waren galizische Arbeiter (11 Frauen und ein männlicher Arbeiter), die sich in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag von dem Rittergute Ottendorf im Kreise Sprottau, wo sie in Arbeit gestanden, entfernt hatten und zu Fuß über Sprottau nach Glogau gekommen waren, um sich nach ihrer Heimath zu begeben. Dieselben hatten bereits Fahrkarten gelöst, um mit dem 10 Uhr 44 Min. Vormittags hier nach Breslau abgehenden Zuge die Heimreise anzutreten, als der Aufseher des Gutes, der die Aufsicht über die polnischen Arbeiter führt, erschien, und mit Hilfe eines Polizeibeamten die Leute am Abfahren hinderte. Es entwickelten sich stürmische Scenen. Die Frauen weinten und wehklagten in herzzerbrechender Weise; ein polnisches Arbeitermädchen hatte sich in ein Coupee zweiter Klasse geflüchtet, wurde aber entdeckt und auf den Perron gebracht. Das Publikum nahm energisch für die Arbeiter Partei und belegte den Aufseher mit nicht gerade schmeichelhaften Ausdrücken. Die polnischen Arbeiter blieben nun auf dem Perron, wo sie von dichten Schaaren Theilnehmender umringt wurden. Da die Leute des Deutschen völlig unkundig waren, war eine Verständigung mit ihnen schwer. Sie erzählten unter Thränen und Klagen, daß sie aus dem Kreise Krakau in Galizien stammen und durch den Aufseher sich auf das Rittergut Ottendorf verdungen hätten. Hier aber seien die Bedingungen ihres Contractes nicht innegehalten worden, das Essen sei von sehr schlechter Beschaffenheit gewesen, der Kaffee, der ihnen geliefert wurde, sei nicht trinkbar gewesen, und das Essen sei ihnen in einer Beschaffenheit auf das Feld gebracht worden, wie man es den Schweinen nicht zu bieten wage. Ferner hätten sie unter einer schlechten Behandlung sehr zu leiden gehabt und seien vielfach geschlagen worden. Auch seien ihnen Abzüge in Bezug auf das Essen und die Caution gemacht worden, die in dem Contract nicht ausgemacht wären. Im Ganzen hätten sich 24 galizische Arbeiter, 13 Männer und 11 Frauen für das Gut anwerben lassen, 10 Männer seien aber bereits früher davongelaufen, während 2 Männer von der Gutsherrschaft weggeschickt wurden. Die übrig bleibenden 11 Frauen und 1 Mann hatten bereits vor 3 Wochen Ottendorf verlassen und sich nach dem Bahnhof Waltersdorf begeben, sie seien jedoch mit Hilfe zweier Gendarmen nach dem Hofe zurückgebracht worden. Sie wollten alles dulden, die schwersten Arbeiten vollführen, aber nimmermehr nach dem Gute zurückkehren. Der Aufseher erklärte einem Vertreter unseres Blattes gegenüber, daß die Abzüge von dem wöchentlichen Verdienste von 6 Mark 1 Mark für Caution und 50 Pfennige für das Essen betragen haben. Auf die Vorhaltung, daß die Arbeiter sich über schlechte Behandlung beschweren, erwiderte der Aufseher, wer Schläge verdient habe, habe Schläge erhalten. Früher hatten sich 68 Arbeiter auf dem Gute befunden, darunter 44 aus Russisch-Polen und 24 aus Galizien. Während von den ersteren Niemand sich entfernt habe, wollten die Letzteren nicht bleiben, weil sie von den russisch-polnischen Arbeitern aufgestachelt wurden, die nach Entfernung der galizischen Arbeiter höhere Löhne zu erzielen hofften. Dem Verlangen des Aufsehers, die Arbeiter zu verhaften, wurde seitens der hiesigen Polizeiverwaltung mit Recht nicht entsprochen, da kein Haftbefehl vorlag. So konnten die Arbeiter mit dem Nachmittags 2,50 Uhr nach Breslau gehenden Zuge ungehindert ihre Heimreise antreten.

Königshütte, 8. Juni. Ueberfahren. Ein Unglücksfall ereignete sich, wie die „Oberschl. Volksst." berichtet, gestern Nachmittag in der Nähe des alten Marktes zu Königshütte. Ein Mädchen, das anscheinend nach Beuthen reisen wollte und der Meinung gewesen ist, daß es in einen falschen Zug eingestiegen sei, sprang aus dem Zuge heraus, blieb unglücklicherweise an den Kleidern hängen, gerieth unter die Räder und wurde derart verletzt, daß es auf der Stelle todt war. Die Verunglückte, welche 23 Jahre alt ist, führte ein Dienstbuch, auf den Namen Gertrud Nowak aus Sipine lautend, bei sich.

W. **Kattowitz**, 9. Juni. In Folge der in den letzten Jahren so zahlreich gewordenen Unglücksfälle in den Kohlengruben hat der Handelsminister beschlossen, in den Kohlenbezirken Preußens Commissionen Sachverständiger zu berufen, welche die Ursachen der Unglücksfälle feststellen und Vorschläge zu ihrer Verhütung machen sollen. In diesen Commissionen sollen auch Arbeiter vertreten sein. Die letzte Bemerkung berechtigt allerdings zu Zweifeln an der Wahrheit der ganzen Nachricht.

-r- **Myslowitz**, 9. Juni. Jetzt erst wird hier bekannt, daß auch im Russischen auf den Kohlengruben gestreikt worden ist und wahrscheinlich noch jetzt gestreikt wird. Besonders die Umgegend von Bendzin an der russischen Grenze kommt in Betracht. Die dortigen russischen Großindustriellen verlangen von der Regierung, mehr Militär in den Grenzdistricten zu garnisoniren, sie wollen sogar, da das Petersburger Kriegsministerium nicht sofort einwilligt, selbstständig Kasernen bauen und diese dem Kriegsministerium für den Miethzins von 1000 Rubel überlassen.

-r- **Rosdzin**, 9. Juni. Die Erdsenkungen schreiten weiter fort; sie betreffen jetzt besonders den Ramafluß, dessen Bett schon vorher in Mitleidenschaft gezogen worden war, durch tiefe und breite Sprünge im Flußbett stürzten große Wassermassen in die Tiefe. Gegenwärtig hat der Fluß durch die Senkung einer bedeutenden Strecke und die dadurch herbeigeführte Stauung des Wassers eine bedeutende Ueberschwemmung herbeigeführt. Es wird jetzt allgemein behauptet, daß die ungenügende Aufsicht über die unter den Dörfern Rosdzin und Schoppinitz liegende „Luisensglückgrube" die Hauptschuld an dem ganzen Unglück trägt. Die Bergpolizei übt auf diesem Terrain der Rosenbergregalbesitzer v. Tiele-Winckler aus, sie wäre also jedenfalls noch mangelhafter, als die der Königl. Bergbehörden, die ja auch nur alle drei Monate die Gruben durch Markscheider untersuchen lassen.

Posen, 8. Juni. In Folge Verkettung eigenartiger Umstände geriethen am ersten Feiertage zwei Kinder eines hiesigen Kaufmanns in große Gefahr. Sanitätsrath Dr. Hirschberg hatte den beiden an Husten leidenden Kindern eine Arzenei verschrieben, die in einer hiesigen Apotheke am Wilhelmsplatz angefertigt wurde. Der Zufall wollte es nun, daß in derselben Apotheke zur selben Zeit für eine kranke Kaufmannsfrau gleichen Namens Morphium zubereitet worden war, das durch ein Versehen in die Familie des ersteren Kaufmanns gerieth und den Kindern gereicht wurde. Glücklicher Weise wurde das Versehen dem „Pos. Tgbl." zufolge sofort in der Apotheke selbst bemerkt und unter schleuniger Hinzuziehung mehrerer Aerzte jede schlimme Folge der bedauerlichen Verwechselung von den Kindern, die jetzt wieder außer Gefahr sind, ferngehalten.

-e. **Rawitsch**, 9 Juni. Berichtigung. Der Pionier Klein von der 1. Compagnie des Spandauer 3. Pionierbataillons ist nicht, wie gestern mitgetheilt, desertirt, sondern hat seinen Urlaub nur überschritten und sich jetzt selbst gemeldet.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 10. Juni. Gestern Abend fanden hier 36 von den Gewerkschaften veranstaltete Versammlungen gegen die Vereinsgesetznovelle statt. Es wurde folgende Resolution angenommen: Die Versammlung erblickt in dem Versuch der preußischen Regierung, das Vereins- und Versammlungsrecht durch die Novelle zum Vereinsgesetz weiter einzuschränken, eine schwere Zurücksetzung des Arbeiterstandes in der Ausübung seiner politischen Rechte. Wir fordern eine freie ungehinderte Ausübung des Versammlungs- und Vereinsrechtes für beide Geschlechter. Im Uebrigen erblickt die Gewerkschaft in der rechtlosen Stellung aller Minderjährigen, wie sie auch in den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses beibehalten wurde, eine vollständig unberechtigte Zurücksetzung eines großen Theiles des Arbeiterstandes, der vermöge seiner socialen Stellung die Vertretung seiner Interessen in Gemeinschaft mit den übrigen Berufsangehörigen fordern muß.

Wiesbaden, 10. Juni. Die gestrige Reichstagswahl brachte folgendes Resultat:

Wintermeyer (freis. Volksp.) erhielt 5896, Fugger (Centrum) 5303, Quarck (Soc.) 5048, Bartling (natlb.) 2600 Stimmen. Einige kleine Orte fehlen noch. Es ist Stichwahl zwischen Wintermeyer und Fugger erforderlich. — Im Jahre 1893 erhielten im ersten Wahlgange die Freisinnige Vereinigung 6289, die Socialdemokraten 6253 Stimmen, die Freisinnige Volkspartei 4895 Stimmen. In der Stichwahl siegte der Candidat der von allen bürgerlichen Parteien unterstützten Freisinnigen Vereinigung, Koepp, mit 11 870 Stimmen über den Socialdemokraten Fleischmann der 9566 Stimmen erhielt.

Wien, 9. Juni. Im Gemeinderath kam es zu Lärmscenen. Die Liberalen bezeichneten eine vom Bürgermeister Dr. Lueger vorgenommene Abstimmung als gefälscht, lärmten, schlugen auf die Pulte und verließen schließlich den Saal. Sie übersandten dem Statthalter einen Protest.

Standesamtliche Nachrichten.

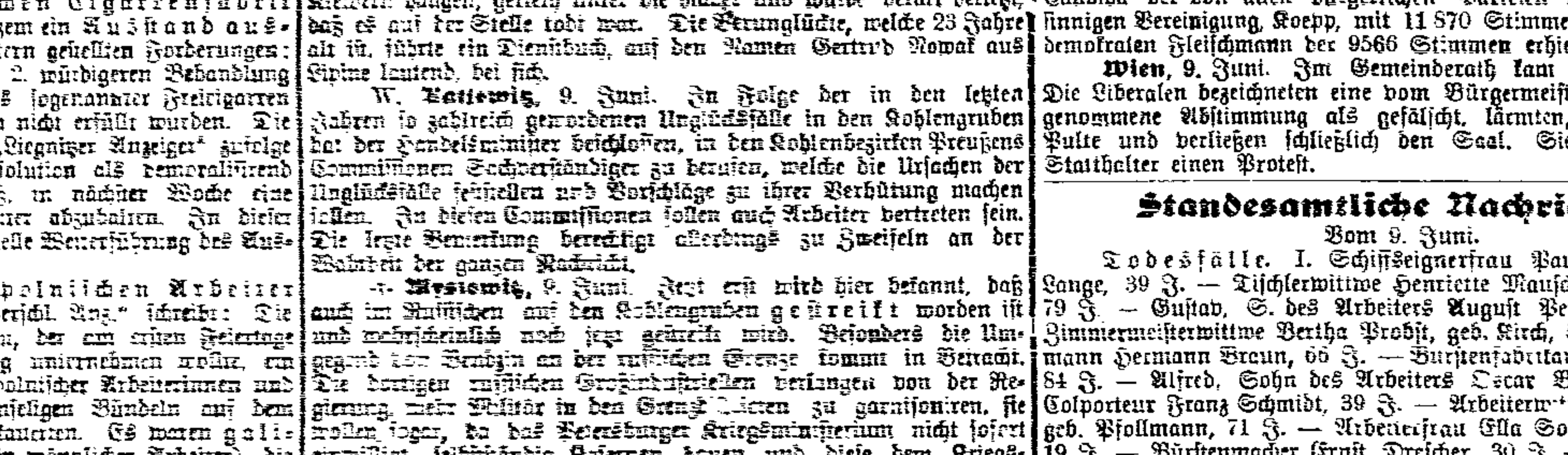
Vom 9. Juni.

Todesfälle. I. Schiffseignerfrau Pauline Scholz, geb. Lange, 39 J. — Tischlerwittwe Henriette Mausch, geb. Neumann, 79 J. — Gustav, S. des Arbeiters August Peuckert, 6 Mon. — Zimmermeisterwittwe Bertha Probst, geb. Kirch, 57 J. — Handelsmann Hermann Breun, 66 J. — Bürstenfabrikant Christian Möhle, 84 J. — Alfred, Sohn des Arbeiters Oscar Beßler, 2 Mon. — Colporteur Franz Schmidt, 39 J. — Arbeiterwittwe Ottilie Döring, geb. Pfollmann, 71 J. — Arbeiterfrau Ella Sommer, geb. Hoppe, 19 J. — Bürstenmacher Ernst Drescher, 30 J. — Schlosser Adolf Recke, 62 J. — Müllermeisterwittwe Anna Sogawe, geb. Heudes, 74 J. — Erich, S. des Eisendrehers Carl Skupin, 6 J. — Milchhändlerfrau Auguste Wießner, geb. Scholtz, 67 J. — Frieda, T. d. Schmieds Josef Galke, 6 J. — Juwelierfrau Pauline Wagener, geb. Dobers, 68 J. — Cantorfrau Bertha Dresdner, geb. Wiesner, 70 J. — II. Clara, T. des Bäckermeisters Oscar Schilling, 1 Tag. — Emma, T. des Arbeiters Julius Viol, 8 Mon. — Max, S. d. Barbiers Paul Jlgner, 4 Mon. — Früherer Handelsgärtner Josef Titze, 71 J. — Kürschner Jacob Berger, 78 J. — Brunnenbauer Anton Karbstein, 73 J. — Maria, T. des Klempners Carl Glattki, 6 Mon. — Stellenbesitzerin Frau Pauline Gramer, geb. Ullrich, 35 J. — Robert, S. des Lohngärtners Carl Fuchs, 8 Mon. — Droschkenbesitzerfrau Caroline Höppner, geb. Klapny 58 J. — III. Cigarrenmacher Reinhold Rosner, 47 J. — Kohlenarbeiter Franz Rademacher, 50 J. — Arbeiter Oscar Ulbrich, 24 J. — Wilhelm, S. des Barbiers Wilhelm Hoffmann, 3 Mon. — Franz, S. des Schuhmachers Josef Konalle, 6 Mon. — Reinhold, S. des Droschkenführers Heinrich Mannig, 5 Monate. — Schlosser Adolf Rindfleisch, 48 J. — Ida, T. des Schlossers Reinhold Güttner, 6 Monate.

Lobe-Theater.
Donnerstag:
Die Mütter.
Hierauf:
Jephta's Tochter.
Freitag:
Der Militärstaat.

Meine bekannt hochfeine
Molkerei-Tafel-Butter
täglich frisch, kostet jetzt nur
das Pfund 1 Mark
Molkerei-Niederlage Ring 3
C. Mischke.
(Filialen werden nicht unterhalten.)

Grosser Umsatz! Kleiner Verdienst!



Herren- und Knaben-Garderobe
in nur dauerhaften Stoffen, gediegener Arbeit und vorzüglichem Schnitt, in grosser Auswahl, liefert bei streng reeller und billigster Bedienung
J. Schönfeld,
Schmiedebrücke.
Zur silbernen 19.

Werkführer für Filz-Hüte.
Für meine Damen-Filzhutfabrik suche ich einen intelligenten ersten Filzhutarbeiter als Werkführer bei hohem Lohn. Derselbe muß die Filzhutfabrikation aus dem Fundament kennen und zur selbständigen Leitung der Fabrik befähigt sein.
Off. an Rudolf Mosse, Berlin SW, sub J. C. 4001.

Zähne sowie ganze Gebisse (auch ohne Gaumen.)
Plomben. Zahnschmerz beseitigt. Völlig schmerzloses Zahnziehen unter ärztl. Assistenz mit Chloroform, Aethyl-Chlorid 2c.
Reparaturen sofort.
W. Dreger, Breslau, Matthiasstr. 4. 2065

Die
Volksausgabe
Socialismus u. sociale Bewegung im neunzehnten Jahrhundert
von
Werner Sombart.
Professor an der Universität Breslau.
Preis 50 Pf.
Zu beziehen durch die Expedition dieser Zeitung.

„Enorme Auswahl"
Schuhe
Schuhe
Schuhe
Schuhe
Neu! Schuhwerk für empfindliche Füße. Neu!
Ludwig Herz, Blücherplatz 4.

Herren-Stiefeln und Gamaschen von 6 Mk. an.
Knopf-Stiefeln mit und ohne Falten von 9 Mk. an. 2244
A. Hanisch, Neumarkt Nr. 3.

Achtung! Tabakarbeiter!
Montag, den 14. Juni 1897, Abends 8 Uhr,
findet im „Ballhof", Schießwerderplatz Nr. 12 eine
öffentliche
Tabakarbeiter- u. -Arbeiterinnen-Versammlung
statt.
Tagesordnung: 1. Die Vereins-Gesetz-Novelle. Referent: College Bruhns. 2. Discussion. 3. Wahl der Delegirten zum Gewerkschafts-Cartell.
Pflicht eines jeden Tabakarbeiters ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. 2271

Herren- und Knaben-Garderobe
sowie sämmtliche Arbeitersachen empfiehlt am billigsten
E. Liedecke, Stockgasse 30.

Verantwortlicher Redacteur: Emil Neukirch. — Redaction und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6. — Verlag von G. Schütz & Co.
Druck von Ch. Schatzky; — Sämmtlich in Breslau. — Kolporteur: Bresler